

# VORSTUFEN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

<b>Inhalt</b>
Seiten 4 und 5
<b>70 Jahre russische Revolution</b>
Seite 6
<b>Massenstreiks in Südkorea</b>

Nr. 93 - September 1987  
80 Pfg. - Solidaritätspreis 1,20 DM

## üble Machenschaften mit einkommenslosen Jugendlichen

# 1500,- Mindestlohn für alle!

Viele Schüler und Jugendliche ohne Einkommen haben im Sommer versucht, durch einen Job etwas zu verdienen. Für die Unternehmer ist das immer wieder eine willkommene Gelegenheit, Exttraprofit einzustreichen. Schlechte Arbeitsbedingungen und extrem niedrige Löhne kennzeichnen viele dieser Gelegenheitsjobs.

Nicht nur Schüler in Ferienjobs, auch zunehmend jugendliche Schulabgänger ohne Perspektive auf einen Ausbildungs- oder festen Arbeitsplatz sind solchen Ausbeutungsmethoden ausgeliefert.

„Befahrer gesucht, 650,- DM wöchentlich.“ Auf diese Anzeige in einer Lübecker Zeitung habe ich mich beworben. Was ich zu tun hätte? Viel reisen, im „Presservertrieb“. Zwischen Verlag und Kiosk hin und her pendeln, Lieferscheine und Listen führen, vielleicht mal mit auspacken helfen. Das Einsatzgebiet sei „südlich“ von Lübeck. Ich sollte in Mittelklassehotels wohnen und an den Wochenenden zu Hause sein. Die 650,- seien ein garantiertes Festgeld. Na prima. Ich

freute mich auf's Geld. Von Lübeck aus wurde ich erstmal in einem dicken Mercedes nach Hamburg kutschiert, dem Sitz des „Presservertriebes“.

### Noble Firma

Das Büro war nobel eingerichtet: Mahagoni-Schreibtische, Computer. Der Cheflegte mir den Arbeitsvertrag vor. Einige Sachen darin gefielen mir nicht: Ich sollte „selbständiger“ Handelsvertreter sein und mich an den Benzinkosten beteiligen. Beides habe ich durchgestrichen bevor ich den Vertrag unterschrieb. Der Chef nannte das „unkonventionell“, im übrigen seien die Benzinkosten nur gering. Von Hamburg ging es dann, jetzt mit einem Golf, in den „Süden“. Für einen Lü-

becker fängt der „Süden“ hinter Hannover an. Doch in Frankfurt waren wir immer noch nicht am Ziel. Erst dann erfuhr ich den genauen Ort: Bexbach, ein kleiner Ort im Saarland.

### Zeitungen „drücken“

Dort wurde mir auch endgültig klar, was ich zu machen hatte: Zeitungen „drücken“, also Abonnenten werben mit einem „psychologisch ausgearbeiteten“ Spruch, in dem ich auch noch die Unwahrheit erzählen sollte (welch eine Psychologie). Nach und nach kam auch anderes heraus. Die 650,- DM waren eine mögliche Provision, von der auch noch das Geld für Unterkunft, Verpflegung und Benzin abzuziehen war. Nur die ersten drei Tage waren frei. Das „Mittelklasshotel“ war eine Kneipe mit ein paar Zimmern im ersten Stock. Wir wurden zu 5 K Kollegen auf einem Zimmer untergebracht. Die anderen waren auch jugendliche, zum Teil aus Heimen, dringend auf Geld angewiesen. Von ihnen fand ich schnell heraus, daß sie gar nicht so viele Abonnenten werben konnten, wie sie für Hotel usw. brauchen. Sie hatten sogar minus.

### Kein Geld erhalten

Am Morgen des vierten Tages machte ich dem Spuk ein Ende. Ohne einen Pfennig Geld trampte ich von

Bexbach nach Lübeck. Fazit: Drei Tage zwischen 9 und 11 Stunden von Haus zu Haus gelaufen, 12 Stunden getrampt und Geld habe ich keins gesehen. Einziger Trost: Essen und Wet-

ter waren ausgezeichnet.

Solche Methoden gehen nicht nur die unmittelbar Betroffenen etwas an. Damit soll auch versucht werden, Lohnniveau und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft insgesamt zu drücken. Es ist dringend nötig, daß die Gewerkschaften gegen solche kriminellen Methoden zu Felde ziehen und für einen Mindestlohn von mindestens 1500,- DM netto für jeden Beschäftigten kämpfen.

Holger Wulf, Lübeck  
Jungsozialist



SPD und DGB müssen sich für die Jugend einsetzen: Ausbildung und Arbeit für alle, garantierter Mindestlohn von 1500,- DM.

## Für gemeinsamen Kampf der Stahl- und Bergarbeiter

# Enteignet die Stahlbosses!

3500 Arbeitsplätze des in Konkurs gegangenen Oberpfälzer Stahlwerkes Maxhütte sind in Gefahr. Durch die geplante Schließung des Stahlstandorts Hattingen (Heinrichshütte) stehen 3000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Tausende Entlassungen stehen im Kohlebergbau an. Wohin man hört -

nur Hubschotschaften aus dem Bereich der Montanindustrie (Kohle und Stahl). Kohle und Stahl sind Grundlagen der Schwerindustrie; die Schwerindustrie ist wiederum tragender Pfeiler der gesamten Industrieproduktion. In bis zu 50% aller Produkte ist weiter-

verarbeiteter Stahl enthalten. Besonders die Krise in der Stahlindustrie widerspiegelt daher nur die krisenhaften Widersprüche des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems: Überproduktion einerseits - nicht befriedigte gesellschaftliche Bedürfnisse andererseits. Ungeheure Produktionsmöglichkeiten bei kürzerem Arbeitsaufwand durch Entwicklung der Produktionsanlagen einerseits - steigende Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, neue Armut andererseits.

Am Beispiel der Stahlindustrie: 1985 produzierte ein Stahlarbeiter 30% mehr Stahl als 1975. Folge: Nicht etwa Arbeitszeitverkürzung, sondern Arbeitsplatzabbau. Bis 1990 wird ein Stahlarbeiter die gleiche Menge Stahl produzieren wie 1980 drei Kollegen. Von den bundesweit jetzt noch 170.000 Stahlarbeitsplätzen sind etwa 25.000 bedroht. Im Steinkohlebergbau sieht es nicht besser aus. Von 164.000 Arbeitsplätzen sind nach Angaben der IG Bergbau und Energie in den nächsten 3 Jahren 30.000-60.000 gefährdet.

### Ruhrgebiet

Besonders verheerend wirkt sich die Krise im Ruhrgebiet aus. Das, was mit den ersten Fehrschichten der Bergbau-Zechen im Februar '87 in Gang kam, war die erste Phase des Strukturwandels im Ruhrgebiet: Zwischen '87 und '69 wurden über 350.000 Arbeits-

plätze vernichtet. In den Ruhrkohleplätzen von 1968 und den, wie auch sonst, gekoppelten Kattwerks- und Hüttenverträgen wird durch den Einsatz von Steuergeldern die Demontage zeitlich gestreckt und sozial „abgefedert“.

Nach 1966 bestand die Politik der SPD in Düsseldorf in politischer Entschärfung des Krisenherdes Ruhrgebiet. Das Kapital bekam einige Milliarden, behielt seinen Grundbesitz und konnte somit die Entwicklung weiter bestimmen. Es folgten Notstandsgesetze, mehr Gewalt gegen Arbeiter; durch steigende Exporte wurde die Wirtschaft wieder angekurbelt.

Arbeiter wurden in die noch wachsende Metall- und Automobilindustrie übernommen, so daß bis 1970 die Arbeitslosigkeit bundesweit wie auch im Ruhrgebiet auf durchschnittlich 0,7% gedrückt werden konnte.

Heute, nach 30 Jahren, sind im Ruhrgebiet die letzten 50.000 Kohlearbeitsplätze angesagt. Für die Stahlherzeugung wird nicht mehr soviel Kohle gebraucht. Ein Teil wird zwar noch verstromt, aber das meiste wird zur nationalen Kohlereserve, spricht auf Lager gelegt. Ca. 5000 Arbeiter werden dem Kapital reichen, um sich den Zutritt auf die Kohle zu erhalten. Nach seinen Vorstellungen hat die Kohle es bald hinter sich.

Fortsetzung Seite 7



Wir haben keine Reichtümer -  
Wir brauchen Arbeitsplätze zum Leben!



In der Stahl- und Kohleindustrie zeigt sich ganz deutlich: Bei einer Pleite tragen nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter das Risiko.



# Der Kommentar

## Blüm - „Linker“ in der CDU?

Der Besuch „unseres“ Arbeitsministers Blüm und seine starken Worte gegen das Pinochet-Regime haben im bürgerlichen Lager einen gewaltigen Streit entzündet. Rechtsaußen wie Strauß und Dreyer wehren gegen eine Aufnahme der 15 vom Tode bedrohten Chilenen. Sie seien angeblich „Mörder und Terroristen“. Dabei stützen sie sich auf das Urteil der chilenischen Folterknechte.

Eigentlich hatte die gesamte CDU/CSU bisher keine Schwierigkeiten im Umgang mit dem Pinochet-Regime. Als 1973 die Militärs putschten und die Allende-Regierung stürzten, wurde dies von Christdemokraten aller Länder begrüßt, auch von der CDU/CSU. Die Position der CDU/CSU, als Vertreter des deutschen Kapitals, ist auch verständlich. Schließlich sind nahezu alle großen BRD-Konzerne im Geschäft mit der Junta: Siemens, AEG, Dr. Oetker, die Chemiegiganten, ... Und diese Zusammenarbeit mit dem Folterregime Pinochets funktioniert nicht nur mit Wissen, sondern mit Unterstützung der Bonner Regierung. Aber der wachsende Widerstand der chilenischen Bevölkerung sowie die Unberechenbarkeit Pinochets bereitet dem US-Imperialismus und seinen politischen Freunden immer mehr Kopfschmerzen. Sie haben Angst, daß durch eine revolutionäre Bewegung in Chile nicht nur Pinochet, sondern der chilenische Kapitalismus stürzen könnte. Wohl auch deshalb kam es zu den Mordanschlägen von Blüm, Genscher u.a.

### Ursachen liegen tiefer

Der Streit um die 15 Chilenen war nur Auslöser einer erneuten Koalitionskrise der Wenderregierung. Blüm versucht eine „christliche“ Profilierung der CDU. Er will der Regierungspolitik verstärkter sozialen und arbeitnehmerfreundlichen Anstrich geben, auch im Hinblick der Situation der CDU in Nordrhein-Westfalen, deren frisch gekürter Vorsitzender erst Blüm, Abkommling der CDU-Sozialausschüsse und Arbeitsminister, hält es für dienlich, wenn er sich nach dem Angriff auf die Gewerkschaften in Sachen §116 um die Menschenrechte in Chile Sorgen macht.

Kräftig unterstützt wird Blüm vom CDU-Obertendnagogen Geißler, der sich Sorgen um die Zukunft seiner Partei macht. Nach den Verlusten bei den letzten Landtagswahlen und der Bundestagswahl möchte dieser die CDU auf einen neuen Kurs bringen. Geißler will verstärkt „Wähler der Mitte“ für die CDU gewinnen. Seiner Meinung nach werden zukünftige Wahlen gewonnen oder verloren „in der Auseinandersetzung um die politische Mitte“. Dabei läßt Geißler kaum ein Feld der Politik aus: Entspannung, Menschenrechte, Dritte Welt, soziale Marktwirtschaft und sogar Finanz- und Steuerpolitik sind „Beispiele der Erneuerung“. Ganz anders tönt es dagegen aus der CSU: Sie warnt vor der „Gefahr“, rechte Wähler zu verlieren. Auch Fraktionsvorsitzender Dreyer meint, es sei „ein Irrtum zu glauben, die Mehrheit der deutscher Wähler sei links“. Tatsächlich wäre es ein Irrtum zu glauben, die CDU könnte sich nach „links“ bewegen, also Arbeitnehmerinteressen vertreten. Sie ist die große Partei des großen Kapitals. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Allerdings muß die CDU, zum Leidwesen ihrer Führungsspitze, auch in begrenztem Maße auf die eigene Basis Rücksicht nehmen.

### CDU vor der Krise

Eigentliche Ursache für den Koalitionsstreit von CDU/CSU ist die wirtschaftliche Situation in der BRD. Trotz Aufschwung und trotz Riesengewinne der Unternehmer ist es ihr nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Auch die Staatsverschuldung ist kräftig gestiegen, viele Städte und Gemeinden stehen vor dem finanziellen Bankrott. Dementsprechend heftig wird auch die Steuerreform diskutiert. Dennoch immer, wie sie finanziert werden soll. Klar ist nur, daß es über diese Frage noch heftigen Krach in den Regierungsparteien geben wird. Ein anderes Beispiel für die Zerstretheit der CDU ist die Forderung um die Null-Lösung bzw. „Doppel-Null-Lösung“. Die CDU ist in der Zwickmühle - Wie sie sich auch dreht und wendet, sie stößt immer irgendwo an. Es ist gut möglich, daß es in den nächsten Jahren zu Spaltungen innerhalb der CDU kommt. Eine Trennung von CDU und CSU würde ja schon 1976 anläßlich des für die Union schlechten Wahlausgangs diskutiert (Kremlher Beschlüsse der CSU).

### Gute Chancen für die SPD

Die SPD muß den Charakter und die Hintergründe dieses Regierungskrachs deutlich machen. Auch in der Frage der 14-chilenischen Todeskandidaten hätte sie mehr Initiative zeigen müssen. Sichtlich hatte die SPD immer deutlich gegen das Pinochet-Regime Stellung bezogen, aber zu viel mehr als bloßen Erklärungen ist es bisher noch nicht gekommen. Hätte nicht die SPD die Angehörigen der 15 Chilenen in die BRD einladen können, anstatt den oder mit den Grüner? Wäre es nicht an der Zeit, sich gegen die Sicherheitsüberprüfung für Asylanten (zu sozialliberalen Zeiten eingeführt) auszusprechen? Diese und andere Koalitionsstrategien bieten viele Ansatzpunkte für eine offensive Oppositionspolitik. Die SPD muß diese Chancen nutzen.

# VORAN

Zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

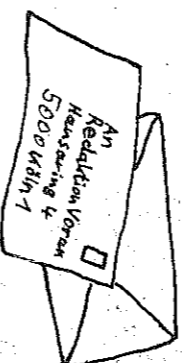
Bankverbindung: Postf. Essen, Konto-Nr. 2500 59-430  
Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegsif. 76-28 4300 Essen 11

# Kampffonds

## Baut eure Zeitung mit auf!

In letzter Zeit kursieren Meldungen in der Presse über eine mögliche Schließung von zwei DGB-Zeitschriften: „Die Quelle“ und „Welt der Arbeit“. Die Gewerkschafts- wie auch die SPD-Presse befindet sich in arger Finanznot. Dabei ist gerade jetzt ein Gegengewicht gegen die Rechtspresse nötiger denn je. Trotz „Aufschwung“ geht es weiter mit rekordhoher Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten und Entlassungen. Die davon Betroffenen brauchen Informationen, Perspektiven und vor allem ein Konzept, um die Angriffe der Unternehmer und Regierung abzuwenden.

Eine kämpferische Zeitung kann dabei eine wichtige Rolle spielen. VORAN ist mit wenigen Mitteln und in bescheidenem Umfang dazu in der Lage, sozialistische Perspektiven und praktische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir sind abhängig von der Zustimmung der Leser: und ihrer finanziellen Opferbereitschaft. Waren wir es dem DGB mit seinen 7,8 Millionen Mitgliedern nicht möglich, eine schlagkräftige Zeitung zu haben?



### Ein „starkes“ Stück

(zum Aids-Artikel, Voran Nr. 91)  
Zuerst einmal: Ich bin solidarisch mit Eurer Sache - aber so kann man nicht argumentieren; zumindest nicht, wenn man glaubwürdig bleiben will.

Daß militärische B-Kampfstoffforschung betrieben wird, ist eine unbestrittene Tatsache. Dieses aber mit der Entstehung des HIV-Erregers zu korrelieren ist schlichtweg falsch und daher unverantwortlich. Blutbanken frieren für gewöhnlich sowohl aus „Kartierungsgründen“ als auch zur nachträglichen Kontrolle neu auftretender Krankheiten. Serien von Spendern und Patienten ein, solche tiefgefrorenen Serien untersuchte der belgische Virologe Nahmias und stellte fest, daß bereits 1959 in zentralafrikanischen Proben HIV-Antikörper vorhanden waren. Mehr muß zu diesem Punkt nicht gesagt werden.

Die These, daß das HIV nur eine bewußt genmanipulatorisch erzeugte Hybride aus Visna-Virus und HTLV I sein könnte, ist ebenso haarsträubend. Zahlreiche Viren integrieren sich in die DNA ihrer Wirtszellen, werden zu irgendeinem Zeitpunkt aktiv, vermehren sich dann, treten dabei wieder aus der Wirts-DNA heraus und schleppen einen nicht vorherbestimmenden Anteil der zellulären DNA mit: d.h. sie verändern ihre genetische Information! Der mittelschleppte DNA-Frãil kann aber genauso gut das Bruchstück einer anderen, ebenfalls integrierten Virus-DNA sein, sodaß eine „Fusion“ zweier Viren resultiert. Dieses ist ein ganz natürlicher Vorgang, der sich täglich hunderrtausende von Malen innerhalb der Menschheit ereignet - ein Prozeß, der mit vielen anderen zur Veränderung des Erbguts und damit zur Evolution beiträgt!

Letztlich eine Äußerung zu der von Mechtild Stark angegebenen Zahl der WHO, nach der weltweit 49.000 Aids-Kranke registriert seien. Diese Zahl kann schon allein deshalb nicht zutreffen, da allein in Zentralafrika ca. 50.000 Erkrankte leben.

Aids eignet sich also nicht zu kopflöser Polemik. Aids ist und bleibt ganz simpel und erschreckend eine Krankheit, die dadurch, daß sie aus einer relativ stabilen Population in Afrika - deren Mitglieder sich durch selektive Prozesse im Laufe der Zeit mehr schlecht als recht mit dem Erreger „arrangiert“ hatten - herausgerissen wurde, wie eine biologische Zeitbombe in gänzlich unvorbereitete Bevölkerungsgruppen eingebrochen ist. Es ist eine Krankheit und kein politisches Instrument. Das dürfte schon die Ethik gegenüber den Betroffenen verbieten. Übrigens: Wertewort für wel-

Wenn die Ideen der Zeitung mit den Erfahrungen von mehr und mehr Arbeitern und Jugendlichen im Kapitalismus übereinstimmen, dann sind sie auch bereit, ihre Zeitung finanziell mit aufzubauen, wie folgende Spendenbeispiele unserer Leser zeigen:

- R. Kürsten, Postarbeiter, Köln: 50,- DM; B. Kirschbaum und H.-P. Dostert: 20,50 DM, auch aus Köln; Beate und Andi, Landwirte aus Coxstadt 50,- DM; H. Sommer, Angestellter: 20,- DM; K. Hellmann, Drucker, arbeitslos: 50,- DM; J. Preuß, Azubi: 13,- DM und S. Kimmerle, Schüler: 50,- DM, alle aus Stuttgart; Kassel: Leser überweisen 80,- DM.

Mit diesen und anderen Spenden steht unser Kampffonds seit Anfang Mai bei 13.124,31 DM. Wie man sieht, hat sich das „Sommerloch“ bemerkbar gemacht. Sorge auch Du mit einer kräftigen Spende dafür, daß VORAN im kommenden Monat schneller wächst!

Fiz Garvie  
Redaktion, Köln

# Leserbriefe

## Schreibt uns Eure Meinung, Ergebnisse, und und und ...

Die Menge Geld einen Impfstoff und/oder ein Heilmittel entwickelt, dürfte - ebenfalls in Anbetracht der Erkrankten und noch Erkrankenden - ganzlich unbedeutend sein: Hauptangehlich ist, daß überhaupt jemand etwas findet!

Robert Gieseler, Göttingen

### Unterstützung für Behinderte

Liebe Genossinnen und Genossen, Behinderte, psychisch kranke Jugendliche, Sonderschüler und schlechte Hauptschüler werden regelrecht an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Die Kapitalisten und die jetzige Bundesregierung geben diesen Jugendlichen keine Chance.

- 1. Ich finde, es ist unsere Aufgabe, diesen Jugendlichen ganz besonders zu helfen, da sie es am allererschwersten von allen haben. Meine Vorschläge:
- 2. Die großen Betriebe sollen für diese Jugendlichen verstärkt Sonderausbildungen anbieten.
- 3. Alle Jugendlichen sollen nach der Lehrzeit in die Betriebe übernommen werden.
- 4. Die Geldstrafen für Nichtstellen von Behinderten in großen und mittleren Betrieben sollen massiv erhöht werden.
- 5. Die Höchstgrenze für Berufsbildungswerke soll auf 100 Jugendliche begrenzt sein. (Begründung: Gro ße Berufsbildungswerke fördern Aggressivität, sind unpersönlich und bieten keine Heimat für die Jugendlichen.)
- 6. Städte und Gemeinden sollen verstärkt auch Sonderausbildungen anbieten und diese Jugendlichen nach der Ausbildung übernehmen.
- 7. Auf den Berufsschulen sind verstärkt Sonderklassen einzuführen. Was halter Ihr von diesen Vorschlägen?

Mit sozialistischen Grüßen  
Siegfried Michelberger  
Juso aus Plankstadt

Wir möchten unsere Leser zu Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen zu den obenstehenden Leserbriefen anfordern. Zum Leitartikel auf Seite 1 über Gelegenheitsjobs bitten wir Leser mit ähnlichen Erfahrungen, uns zu schreiben. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

# Nachruf

Im Alter von 64 Jahren verstarb unser Freund und Genosse

## Hans Bröcker

Hans stammte aus alsozialdemokratischen Verhältnissen marxistischer Prägung. Er war aktiver Gewerkschafter und zuletzt Vorsitzender der Senatorenvereinschaft in der Hamburger HBV.

In Hans haben wir einen liebenswerten und ungewöhnlichen Genossen im Kampf um den Sozialismus verloren. In vielen Referaten und Diskussionen hat er unsere Sache vertreten, seine Erfahrungen in der Arbeiterbewegung an junge Genossen weitergegeben und es auch nie an Unterstützung für praktische Aktionen, einschließlich Zeitungsverkäufe, fehlen lassen. In den Hamburger Wahlkämpfen war er noch rühmlich durch Flugblattverteilungen, Haus- und Straßenwerbung für einen SPD-Wahlstieg dabei.



Die Beerdigung hat in Italien stattgefunden.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir um Spenden für den Aufbau von VORAN und zur Linderung der Nöte Streikender und Kämpfer in aller Welt.

Wir trauern um Hans Bröcker.  
Hans Bötel  
im Namen Hamburger VORAN-Unterstützer

Spenden werden erbeten auf:  
VORAN, Pöschel Essen, BLZ 36010043,  
Kto.-Nr. 250059-430, Kennwort: Hans Bröcker.



# Sozialistische Jugendinternationale Für eine marxistische IUSY

Vor 80 Jahren wurde die sozialistische Jugendinternationale (IUSY) gegründet. Als ihre feste Grundlage sah diese Internationale damals den gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Mitglied der Jugendinternationale zu sein bedeutet: den Kampf gegen das System über Ländergrenzen hinweg zu führen, aus Entwicklungen in einzelnen Ländern gemeinsam zu lernen.

Jetzt feierte die Jugendinternationale in Valencia (Spanien) ihr Jubiläum. Die Anwesenheit von knapp 6000 jungen Mitgliedern aus verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien - allein die Hälfte aus der BRD und Österreich - ist ein Ausdruck für den Internationalismus der Jugend in der kapitalistischen Welt.

Doch die Besucher in Valencia mußten erleben, daß die IUSY-Führung dem gesamten Festival einen eher unpolitischen Charakter geben wollte. Die Diskussionsveranstaltungen waren sehr akademisch und schlicht langweilig. Meistens war es so, daß zu Beginn einer Veranstaltung der Saal mit 400-500 Leuten überfüllt war, dann aber viele aus Enttäuschung den Saal verließen, so daß am Schluß nur 30-50 Besucher übrigblieben. Der Hintergrund: In vielen Ländern regieren oder regierten bis vor kurzem sozialistische Parteien. Doch im Zeichen der kapitalistischen Krise führten sie auch Angriffe auf die Arbeiterklasse. Die Führungen der sozialistischen Parteien gehen lieber dem Kampf mit dem Kapital aus dem Weg und geraten so in Konfrontation mit den Arbeitern, d.h. mit der eigenen Basis. Jeder, der diese Politik auch nur mit einem Halbsatz rechtfertigt, macht sich in den Augen vieler Arbeiter und Jugendlicher ungläubwürdig. Aber die

IUSY-Führung und die meisten Führungen der einzelnen sozialistischen Jugendverbände nehmen „sozialistische“ Regierungen oft kritisch in Schutz.

### Offizielles Programm

Vor diesem Hintergrund schien die IUSY-Führung bestrebt zu sein, nicht über die großen Probleme unserer Zeit, über Perspektiven und den Kampf für den Sozialismus zu diskutieren, sondern eher wie im Horsal einer Uni Themen herunterzuleiern und dann abzuhaken. Die Marxisten in der IUSY - wie VORAN-Unterstützer in der SPD - wurden bei den Veranstaltungen oft bürokratisch ausgebootet. Es gab zwar Rednerlisten, aber wenn Marxisten sich einmal als erste gemeldet hatten, wurde einfach der Referentenkreis erweitert, so daß gar keine Diskussion stattfand oder sie wurde auf den Zeitpunkt verschoben, zu dem die meisten Zuhörer schon vor Langeweile geflüchtet waren. So groß war die Angst vor Kritik und echter Diskussion.

Vor allem Marxisten trugen zu einer Politisierung des Festivals bei, suchten stets die Diskussion über Programm und Perspektiven der IUSY und berichteten über die Kämpfe der Jugend seit 1985 (dem letzten Festival). Entgegen den Vorurteilen der IUSY-Führer und auch des Juso-Bun-

desvorstandes ist in letzter Zeit die Jugend in aller Welt in den Kampf gegen die Verhältnisse eingetreten. Weltweit kämpfen Studenten, junge Arbeiter, vor allem aber die Schüler: Streiks mit gewaltiger Beteiligung in Belgien, Frankreich, Italien, Griechenland, Mexiko. Der Höhepunkt: Spanische Marxisten führten vor einem halben Jahr 3 Mio. Schüler zu einem Sieg über die spanische Regierung und er kämpften die ersten Reformen in deren Amtszeit.

### Diskriminierung von Marxisten

Es ist besonders grotesk, daß das IUSY-Festival in Spanien startend und Vertretern der spanischen Schilfergewerkschaft der Zutritt zum Festival verboten wurde. In Spanien haben marxistische Ideen und Methoden des Kampfes zum Sieg geführt. Den Teilnehmern sollte dies vorenthalten werden. Mit einem grundsätzlichen Zutrittsverbot für nicht der IUSY angehörenden Organisationen konnte dies nichts zu tun haben: Vertreter des sowjetischen Jugendverbandes Komsojmol und der FDJ aus der DDR durften ins Lager.

Anderer Vorkommnisse zeigten einen empörenden Verstoß gegen die demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Britische Jungsozialisten, in der Mehrheit marxistische junge Arbeiter, sollten nicht alle ins Lager rein gelassen werden aus dem fälschlicherweise Grund (der zudem nicht stimmte), nicht alle seien angemeldet gewesen und nun wäre nicht mehr genug Platz zum Zelt vorhanden. Nach Solidaritätsbekundungen vieler Teilnehmer mit den britischen Jusos war dann plötzlich wie-

der genug Platz da. Doch britische Teilnehmer waren schon vorher mit roten Dreiecken auf ihrer Teilnehmerkarte gekennzeichnet worden. Die Solidarität, die gerade die britischen Jusos von vielen Teilnehmern bekamen und die auch zur Rücknahme der diskriminierenden Maßnahme führte, kримinierenden Jugendverbände zeigte auch den Wunsch nach einer Veränderung der IUSY.

### Angriffe auf Frauen

Eine wichtige Diskussion außerhalb des offiziellen Programms war die über die Unterdrückung der Frau. Anlaß waren Annahme und Belästigung durch Teilnehmer, vor allem spanische Ordner. Doch statt über eine breit angelegte Diskussion über die Befreiung der Frau das Bewußtsein al-

ler Teilnehmer zu schärfen, verworren sich vor allem vom Juso-Bundesvorstand beauftragte Frauen an drücklich gegen eine Politisierung des Themas!

Fazit: In der wachsenden Krise Gesellschaft werden alle Ideen auf Prüfstand gestellt. Reformismus i Krisenmanagement führen offenkundig nicht zu einer Verbesserung Lage der Arbeiter, der Frauen und Jugend. Die IUSY muß deshalb marxistisch erneuert werden. Auf dieser Basis kann sie ein schlagkräftiger sozialistischer Verband werden - getrieben in der heutigen Zeit, wo sichtbar wird daß uns der Kapitalismus nur Kr und Katastrophen zu bieten hat.

Bruno Hof, Köln  
Jungsozialist

Hinweis: Info-Dienst von VORAN zum IUSY kann bei der Redaktion bestellt werden.

Wer in Valencia für Bestellungen am VORAN-Büchertisch angezählt hat: Bitte bei der Redaktion melden.



Die Jugend wird von der Krise des Kapitalismus am stärksten getroffen. Deshalb: Kampf eine marxistische Jugendinternationale.

## Jugendkampagne der Jungsozialisten im Herbst Konkrete Mobilisierung nötig - Jugend in Ausbildung mobilisieren

Der Bundesverband der Jungsozialisten in der SPD plant für den Herbst eine jugendpolitische Kampagne auf der Grundlage des „Zukunftsfaktionsprogramms“, ZAP. (Mit den vielfältigen Forderungen des ZAP werden wir uns in einer der nächsten VORAN-Ausgaben befassen.)

Eine solche Kampagne muß am vor-handenen Bewußtsein, an den Bedürfnissen und konkreten Forderungen der Jugend anknüpfen.

Die Schülerbewegung gegen die „Abi-Deform“ im Frühjahr, die in zwei Protestwellen 150.000 bis 200.000 Schüler in Demos und Schulbesetzungen umfaßte, wäre eine Gelegenheit für den Juso-Verband gewesen. Ob die Bewegung im Herbst, in Hinblick auf die ausstehende Entscheidung der Kultusministerkonferenz im Oktober, noch einmal einen neuen Aufschwung

nimmt, hängt nicht zuletzt vom Eingreifen der Jusos ab.

Wir dokumentieren daher Auszüge aus einem Antrag der AG Stuttgart-Mitte zum diesjährigen Juso-Bundeskongreß, der Vorschläge für die Organisation einer Schülerkampagne im Rahmen der jugendpolitischen Aktivitäten enthält:

### Programm

- Keine Abi-Deform. Rücknahme der Deform in den Bundesländern, in denen sie bereits durchgeführt wurde (Baden-Württemberg, Bayern).
- Rücknahme der Schulzeitverkürzung in 13/2 und der Wehrdienstverlängerung.
- Für die integrierte Gesamtschule als Regelschule in der ganzen BRD.
- Abschaffung des NC. Keine Einführung von Privatunis.

- Feste Übernahme aller Referendare und sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer.

- Senkung der Klassenstärken auf maximal 20 Schüler.

- Wiederführung bzw. Erhöhung des Schüler-Bafög. Kein Darlehensanteil beim Bafög.

- Volle Lernmittelfreiheit in allen Bildungseinrichtungen.

- Überführung von Privatschulen in öffentliche Schulen.

- Angemessene Aufenthaltsräume mit Kochmöglichkeiten bzw. Cafeteria; Ausbau von bezuschußten Kantinen in größeren Schulen.

- Ausbau des zweiten Bildungsweges.

- Wahl einer kollektiven Schulleitung durch Schüler, Lehrer und Eltern aus ihrer Mitte.

- Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung für Schüler und Lehrer.

- Für eine unabhängige, demokratisch gewählte Schülerversammlung auf allen Ebenen, mit dem Recht auf Einberufung von Schülerversammlungen. Mitbestimmung bei Lehrplänen und Lernmitteln.

### Strategiekonzept

- Auf allen Ebenen sollen Jusos über Schülerversammlungen (SVs) einziehen für eine bundesweit koordinierte Kampagne mit unseren konkreten Forderungen.

- Die Jusos in der Bundesschülerversammlung (BSV) und den Landes- und Bezirksschülerversammlungen müssen eintraten für eine Offensive im Herbst.

- Die Kampfmittel müssen gegenüber der letzten Schülerbewegung gesteigert werden. Streiks müssen besser vorbereitet, koordiniert und flächendeckend durchgeführt werden.

- Es muß eine Verbindung hergestellt werden zur Studentenbewegung und den Gewerkschaften.

- Ausgehend von der Schülerbewegung muß versucht werden, die ganze sich in Ausbildung befindende Jugend zusammenzufassen in einer Bewegung gegen die gegenwärtigen Angriffe im Ausbildungsbereich und für konkrete Verbesserungen.

In der Strategiediskussion ist auf das Beispiel der spanischen Schülerbewegung zu verweisen, die durch eine gut organisierte Streikbewegung die größte Bildungsreform in der spanischen Geschichte erkämpfte.

- Der Juso-Verband verpflichtet sich, wo nötig, seinen Apparat (Sekretäre, Druckmaschinen, Kopiermöglichkeiten, finanzielle Mittel) für eine Schülerkampagne zur Verfügung zu stellen.

- SPD-Minister müssen außerdem über Anträge und Mobilisierung der Parteibasis unter Druck gesetzt werden. Die SPD-Minister müssen sich dem Druck der CDU/CSU widersetzen und dürfen in den SPD-regierten Ländern keinen Reformabbau betreiben. Stattdessen erwarten wir eine grundlegende Bildungsreform im Interesse der Arbeiterjugend.

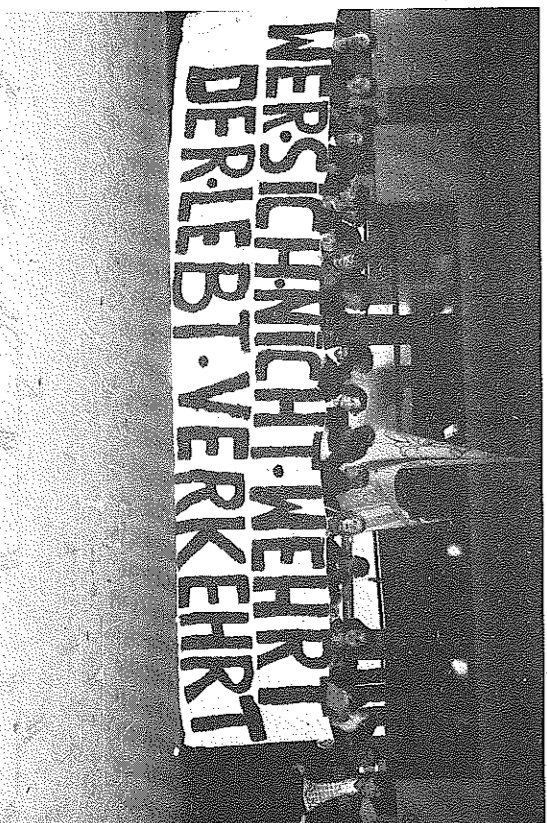
### Begründung

„Die Schülerbewegung (vom Frühjahr, Anm. d. Red.) ist der lebendigste Gegenbeweis für die vom Juso-Bun-

**Auf Initiative des Juso-Kreisverbandes Stuttgart und unter dessen Führung traten am 11.6.87 5000 Stuttgarter Schüler den Streik. Wie diese Mobilisierung (die zweitgrößte nach Hamburg) erreicht wurde, zeigt die Dokumentation der Stuttgarter Jusos „Schülerkampf gegen Abkrampf“.**

Die Broschüre umfaßt 52 Seiten und ist für 3,- DM, ab 10 Exemplaren für 2,50 DM/Exemplar zuzüglich Porto erhältlich.

Bestellungen an:  
Lucie Duda, Urbanstraße 67, 7000 Stuttgart 1, Telefon 07 11 / 26 44



Mit den bisherigen Schülerstreiks und Demos wurden die Angriffe der Kohlregierung nicht abgewehrt. Die Bewegung muß im Herbst weitergehen und ausgedehnt werden, um erfolgreich zu sein.



# Vor 70 Jahren

# Die russische Revolution

**Vor 70 Jahren – im Oktober 1917 – stockte der Welt der Atem: Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit schickten sich Arbeiter- und Bauernmassen bewußt an, ihre Unterdrückung durch eine kleine Minderheit radikal zu beenden: In der Oktoberrevolution von 1917 entmachteten sie die Kapitalisten und Großgrundbesitzer endgültig.**

**Kein Ereignis des 20. Jahrhunderts verdient mehr Beachtung von allen folgenden Generationen als die siegreiche Oktoberrevolution. Obwohl das Land in der Folgezeit im Bürgerkrieg und unter Stalin in barbarische Zustände und Unterdrückung zurückfiel und die Menschen noch heute viele Ziele der Revolution einklagen müssen, wurde 1917 die Tür zu einem neuen Gesellschaftssystem auf der Welt aufgestoßen: dem Sozialismus.**

**Besonders für die revolutionären Bewegungen in den unterentwickelten Ländern – wie Rußland vor 1917 eins war – in der 3. Welt gibt der Verlauf der russischen Revolution praktischen Anschauungsunterricht für revolutionäre Veränderungen. Aber auch Marxisten in den entwickelten kapitalistischen Ländern müssen die Ereignisse des Jahres 1917 studieren und die Lehren aus dem Verlauf ziehen.**

Der Sturz des Zaren im Februar war der Auftakt zum Revolutionsjahr 1917. Die revolutionäre Massenhebung wurde von keiner Partei direkt geleitet, sondern entwickelte sich spontan.

Die schlechte Versorgungslage (im 3. Kriegsjahr), Schlangen vor den Brotläden, Unterernährung und Not lösten am Internationalen Frauentag (23. Februar nach russischem Kalender) einen Streik der Arbeiterinnen Petrograder Textilfabriken aus. Der Streik weitete sich schnell zum Generalsestreik und bewaffnete Aufstand aus. Die kriegsmüde Armee konnte auf die Seite der Aufständischen gezogen werden. Am 27. Februar waren die Arbeiter und Soldaten die Herren der Hauptstadt. Das zaristische Regime war gestürzt. In den 5 Tagen vom 23. bis 27. Februar (nach russischem Kalender) vollzog sich die Umwälzung in der Hauptstadt Petrograd und erfaßte von dort ausgehend das ganze Land.

## Sowiets

Schon während des fünfjährigen Kampfes bildeten sich aus den Fabrik- und Soldatenversammlungen heraus wieder die Räte (Sowiets) – jene Vertretungen, die sich in der (gescheiterten) Revolution von 1905 zu Kampf- und Einheitsfrontorganen der Massen entwickelt hatten. Sie wurden unter direk-

ter Beteiligung aller Arbeiter und Soldaten gewählt. Die Wähler konnten die Gewählten jederzeit wieder absetzen, es gab keine Privilegien für die Sowjetdelegierten. Die Bewegung breitete sich sehr schnell auf dem Land aus. Auch dort bildeten sich Bauernsowiets und Bodenkomitees, deren Hauptforderung die Aufteilung des Grundbesitzes war.

In den ersten zwei Monaten des Jahres 1917 war Rußland noch Monarchie. Dem revolutionären Auftakt im Februar folgte eine Periode von 8 Monaten Doppelherrschaft zwischen Sowiets und bürgerlicher Regierung. Im Oktober gelang es den Bolschewiki, die politische Macht zu erobern. Wie war diese Entwicklung möglich? Was waren die Triebkräfte der Revolution? Was ihre tieferen Ursachen?

Verwunderlich scheint auf den ersten Blick, wieso die proletarische Revolution in einem so rückständigen Land wie Rußland zuerst siegen konnte. Hatte nicht Marx als Voraussetzung für die sozialistische Revolution eine entwickelte kapitalistische Produktionsweise benannt? Hatte er nicht die Revolution zuerst in den entwickelten westlichen Industrieländern wie England oder Frankreich erwartet?

In der Tat waren die Voraussetzungen für die Revolution 1917 alles andere als klassisch. Rußland war ein halbfeu-

dales Land. Die überwältigende Mehrheit (ca. 70%) der 150 Millionen Menschen waren Analphabeten. Die Arbeiterklasse war klein: nur rund 13 Millionen (knapp 10% der Bevölkerung) arbeiteten in der Industrie. 80% lebten auf dem Land, überwiegend unter armseligen Verhältnissen. Fendaladel, Großgrundbesitz und Bauernschaft bildeten den Großteil der russischen Gesellschaft.

Doch auch dieses rückständige Rußland war Teil des imperialistischen Weltsystems. Seit 1880 hatte in den großen Städten eine Industrialisierung stattgefunden – zwar spät, aber dafür auf hochmoderner Basis. Das Auslandskapital investierte in moderne Fabrihallen und Maschinen. 40% des Aktienkapitals gehörte ausländischen Eigentümern. Anders als in den ersten kapitalistischen Ländern entwickelte sich

worden wäre und eigene Klassenforderungen geltend gemacht hätte. So relativ schwach die Arbeiterschaft auch zahlenmäßig sein mochte, sie war in den großindustriellen Fabriken stark konzentriert, als Klasse zusammenge wachsen, gewerkschaftlich und politisch erwacht, ihr soziales Gewicht war durch die zentrale wirtschaftliche Bedeutung der Industrie groß.

## Die russische Sozialdemokratie

Die Frage des Charakters und der Perspektiven der zukünftigen russischen Revolution stand auch im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Gegründet 1898 in Minsk, war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) Teil der Sozialistischen

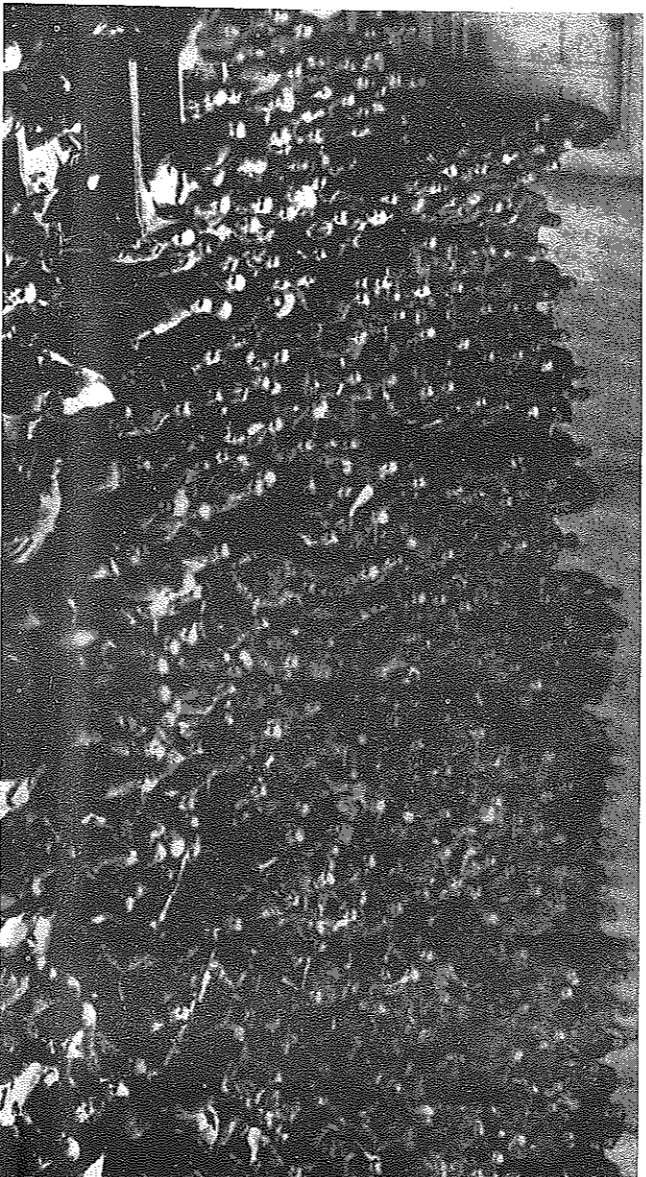
Bauernschaft die führende R

Bündnis hat.

Für Lenin war noch nicht den, ob nicht auch die Bauern führende Rolle in der Revolution könnte. Immerhin 1 spielen könnte. Immerhin 1 land eine riesige Bauernschaft gewisse politische Traditionen emorgansationen und -partionäre, die sich überwege Bauern stütze.

## Trotski

Leo Trotzki, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Petersburger Sowiets später neben Lenin führende Oktoberrevolution, entwickelte weiterrgehende Perspektiven für die künftigen Revolution. Er ver Möglichen einer führenden



Arbeiterdemokratie: Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten.

die Industrie nicht aus der feudalen Gesellschaft heraus, sondern wurde durch ausländisches Kapital „aufgepfropft“ (ähnlich den Entwicklungen in der heutigen 3. Welt).

## Kombinierte Entwicklung

So entstand eine eigenartige, „kombinierte Entwicklung“: feudale ländliche Strukturen neben städtischen Industriezentren, der Holzpfflug neben modernen Fabrikanlagen. Der absolutistische Staatsapparat widerspiegelte diese Widersprüche ebenfalls. Er vermittelte die ausländischen Kapitalinteressen (Auslandsverschuldung, staatliche Förderung der Industrie, Schutzzollpolitik) und versuchte gleichzeitig, feudale Strukturen und Privilegien des Adels aufrechtzuerhalten. Der riesige bürokratisch-militärische Apparat hatte ein weit erdrückendes Gewicht als in den westlichen Gesellschaften.

Diese Verhältnisse hatten Auswirkungen auf die Stellung und Rolle der Klassen. Da sich der russische Kapitalismus nicht über Manufaktur und Handwerk entwickelte, entstand keine unabhängige nationale Bourgeoisie. Das Industriekapital gehörte entweder ausländischen Investoren oder den feudalen Großgrundbesitzerfamilien Rußlands. So war die alte herrschende Klasse (Feudalisten) mit der neuen herrschenden Klasse (Kapitalisten) eng verflochten bzw. identisch, beide waren abhängig vom ausländischen Kapital. Weder Auslandskapital noch russische „Feudal-Kapitalisten“ hatten ein Interesse am Sturz des zaristischen Staatsapparats.

Die russische Bourgeoisie als Statthalter von Imperialismus und Großgrundbesitz war daher (anders als z.B. die französische oder englische) nicht in der Lage, eine revolutionäre Rolle zu spielen und die Aufgaben der bürgerlichen Revolution durchzuführen: Sturz der feudalen Monarchie, Kampf für demokratische Rechte, Enteignung des Großgrundbesitzes, Landreform, Entwicklung der Industrie usw. Dazu kam ihre Furcht vor der bereits entstandenen neuen Klasse, dem Proletariat, das in einer solchen Revolution mobilisiert

## Aus den „Aprilthesen“ Lenins

1. In unserer Stellung zum Krieg, der von selten Rußlands auch unter der neuen Regierung Low und Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ unzulässig.

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß. (...)

3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere hinsichtlich des Verzichts auf Annexionen, Entlarvung der provisorischen Regierung statt der unzulässigen Illusion erweckenden „Forderung“, diese Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle aufhören, imperialistisch zu sein.

4. (...) Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten

Staatsmacht an die Sowiets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Irrtümern befreien.

5. Keine parlamentarische Republik – von den Sowiets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückkehren wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der Sowiets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauendeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenmacht. (D.h. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemaine Volksbewaffnung.)

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schweregewichts auf die Sowiets der Landarbeiterdeputierten. Konfiskation aller Gutsbesitzereinkünfte.

Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowiets der Landarbeiter- und Bauendeputierten. (...)

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten. (...) (aus: Lenin-Werke, Band 24, Seiten 3-6, Dietz-Verlag)

Internationalen. Ihr Vorbild waren die westlichen Arbeiterparteien, insbesondere die SPD. Auf dem 2. Parteitag der SDAPR 1903 kam es zum ersten Mal zur Herausbildung der Flügel um die Bolschewiki (Mehrheitler) und Menschewiki (Minderheitler), deren Auseinandersetzungen sich von da an durch die Parteigeschichte ziehen und die 1912 zum endgültigen Bruch führten.

Lenin verfiel diese Auseinandersetzungen mit dem Kampf in der deutschen Sozialdemokratie zwischen den Revisionisten (Reformisten) um Bernstein und dem marxistischen Zentrum um Kautsky bzw. linken Flügel um Luxemburg. Er sah sich als Schüler Bebel und Kautskys.

## Menschewiki

Für die Menschewiki war klar, daß es in Rußland eine Wiederholung der Geschichte der fortgeschrittenen Länder geben würde. Sie gingen davon aus, daß eine bürgerliche Revolution bevorstehe, daß die Bourgeoisie zunächst die Macht ergreifen müsse, die Sozialdemokratie die Rolle der Opposition zu spielen habe, daß die proletarische Revolution erst nach einer Periode bürgerlicher Herrschaft und Weiterentwicklung der Produktivkräfte auf der Tagesordnung stehe. (Diese „Etappen-Theorie“ wurde später von Stalin wieder aufgegriffen und ist noch heute das Dogma der „Kommunistischen Parteien“, vor allem in unterentwickelten Ländern.)

## Lenin

Lenin stelle dagegen schon am Vorabend der revolutionären Ereignisse von 1905 die Parole von der „Demokratischen Diktatur des Proletariats und des Bauernums“ auf. Das hieß: eine Regierung auf Grundlage eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, deren Aufgabe die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution sei. Für Lenin war also schon klar, daß die Bourgeoisie keine fortschrittliche Rolle spielen könnte und unfähig war, Träger der demokratischen Revolution zu sein. Die Formel ließ jedoch noch offen, ob die Arbeiterklasse oder die

Bauernschaft. Von ihrer Sozialung her leben und arbeiten isoliert, sind nicht zur Bildung abhängigen Klassenorganismen Klassenpolitik fähig. Ihr Intend vor allem darin, einen eigenen Hof, ein eigenes Land zu erhalten. Im Kampf Ziel orientierten sie sich an der Bourgeoisie (vor allem an den Bauern, die Kutaken) oder an der Arbeiterklasse (vor allem an den Arbeitern und Pächtern).

Da die Bourgeoisie unfähig schaffung des Großgrundbesitzes die Aufgabe der Land (wie auch andere Aufgaben der lichen Revolution) der Arbeiter zu. Trotzki trat daher für ein mit den Massen der armen Bauern unter Führung der Arbeiter. Das bedeutete: Nicht die Bourgeoisie (wie die Menschewiki meinten) die proletarische Revolution auf der Tagesordnung, wenn ersten Ausgaben eines Arbeiters zunächst die Lösung der bürgerlichen Aufgaben sein. Weiter entwickelte Trotzki die proletarischen Aufgaben an der Macht, könnte die Arbeiter nicht bei diesen Aufgaben sein, sondern mußte früher auch die Aufgaben der sozialistischen Revolution im Angriff nicht staatlich, allmähliche Kontrolle, allmähliche Kontrolle der Landwirtschaft usw.

Die Revolution könne als rückständigen Land beginnender bürgerlich-demokratischen zualistischen Aufgaben übergründlich den Sieg der sozialistischen Revolution in entwickelten Ländern vollendet werden. (TH „Permanente Revolution“) Daß der Sozialismus in A der Verflechtung des kapitalistischen Weltmarktes letztlich nur international verwirklicht werden kann, Schlüssel in den entwickelten Ländern liegt, deren hoher Produktivkräfte überhaupt die Produktion für eine sozialistischenweise ist – davon ging



# Veränderte die Welt 1. Teil: Februarrevolution

nin aus. (Die Theorie von der Möglichkeit des „Sozialismus in einem Land“ wurde erst von Stalin in den 20er Jahren in Abkehr von allen marxistischen Grundthesen aufgestellt.) Der Unterschied zwischen Lenin und Trotzki lag in erster Linie in der Einschätzung der Rolle der Arbeiterklasse im Verhältnis zu den Bauern.

## Die Parteiflügel

Die Revolution von 1905, von Lenin später als „Generalprobe“ für 1917 bezeichnet, führte Bolschewiki und Menschewiki vorübergehend wieder näher zusammen. Da die Menschewiki unter dem Druck der revolutionären Ereignisse nach links rückten, hoffte auch Lenin auf die Möglichkeit zukünftiger gemeinsamer Arbeit. 1906 kam es sogar zu einem Vereinigungsparitätstag in Stockholm. Doch mit der Niederschlagung der Revolution und der damit heftig einsetzenden zaristischen Reaktionen fielen die Menschewiki wieder in ihre reformistischen Positionen zurück. 1912 kam es zum endgültigen Bruch.

Trotzki, der seit dem Parteitag von 1903 formal keinem der beiden Flügel angehörte, gab auch danach die Hoffnung nicht auf und versuchte noch eine Zeitung, ein Zusammengehen zwischen Bolschewiki und Menschewiki voranzutreiben, was ihm die scharfe Kritik Lenins eintrug: Trotzki selbst hat



Erst Lenins Rückkehr ermöglichte den siegreichen Kampf für den Sozialismus. seine Position in dieser Zeit später selbstkritisch als Fehler bewertet. Inhaltlich stand er jedoch immer den Bolschewiki nahe.

## Der 1. Weltkrieg

Als bei Kriegsausbruch 1914 die Sozialistische Internationale zusammenbrach und fast alle sozialistischen Parteien als „Vaterlandsverteidiger“ auf die Seite ihrer jeweiligen Bourgeoisie überliefen, waren es nur die Bolschewiki, die gegen den sozialistischen Prinzipien den Krieg als imperialistisches Gemetzel brandmarkten und verurteilten, daß Arbeiter verschiedener Länder für ihre Ausbeuter in den Krieg geteilt wurden. Menschewiki wie Sozialrevolutionäre wurden „patriotisch“ (ähnlich wie Rechte und Zentrum der deutschen Sozialdemokratie).

Der Krieg betäubte die politischen Aktivitäten. Die aktivsten Arbeiterschichten wurden mobilisiert, die revolutionären Elemente an die Front geschickt, dem Dorf wurden im Verlauf des Krieges rund 10 Millionen Arbeiterkräfte entzogen. Viele dieser Bauern, aber auch Frauen und Jugendliche, wurden zur Arbeit in der Industrie herangezogen, was eine Auffüllung der Reihen des gewerkschaftlich und politisch unerfahrenen Arbeiterkräften bedeutete. Streiks waren verboten, die Gewerkschaften zerschlagen. Die bolschewistische Führung war verhaftet oder im Exil, die Untergrundgruppen zersplittert und isoliert.

Insgesamt verschärfte der Krieg jedoch die gesellschaftlichen Widersprüche außerordentlich. Mit Einsetzen der Kriegsmüdigkeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Hungerlöhnen, Inflation und Lebensmittelknappheit begannen die Unruhen erneut: Lebensmittelpreise stiegen und Streiks nahmen 1915/16 rapide zu und fanden ihren

Höhepunkt in der Februarrevolution 1917 und dem Sturz des Zaren.

## Doppelherrschaft

Unmittelbares Ergebnis der Februarrevolution war eine eigenartige, instabile Machtkonstellation. Auf der einen Seite standen die Sowjets, deren Mehrheit die Menschewiki und Sozialrevolutionäre stellten; die Bolschewiki waren eine kleine Minderheit. Dies widerspiegelte das soziale Gewicht der erdrückenden Mehrheit kleinbürgerlich-bäuerlicher Schichten Rußlands, die ihre Interessensvertretung vor allem bei den Sozialrevolutionären sahen, sowie den Krieg politisch zurückgeworfenen Proletariats, das sich in großen Teilen zunächst den Menschewiki zuwandte.

Auf der anderen Seite stand die nach der Revolution neu gebildete Provisorische Regierung, die Bürgerlich-Liberale (aus der Kadetpartei), Großgrundbesitzer und Fürsten umfaßte; nur das Justizministerium wurde von den Sozialrevolutionären (Kerenski) gestellt. Es entstand also eine Doppelherrschaft: hier eine bürgerliche, mit geringen Monarchisten durchsetzte Regierung, dort die Sowjets, in denen die breite Masse der Arbeiter, Bauern und Soldaten ihre Interessen vertreten sah.

Die Sowjets waren die eigentlichen Träger der Macht; die Provisorische

deren politischen Strömungen fand sich die Prawda auf Seiten der „revolutionären“ Vaterlandsverteidiger wieder und unterstützte kritische die Provisorische Regierung.

Die ersten Resolutionen im Sowjet wurden mit Zustimmung der Bolschewiki verabschiedet. Zitat aus der Prawda Nr. 9 vom 15. März: „... nicht die inhaltslose Formel: 'Nieder mit dem Krieg!' ist unsere Lösung. Unsere Lösung ist: Druck auf die zeitweilige Regierung mit dem Ziele, sie zu zwingen, offen vor die Weltdemokratie zu treten, mit dem Versuch, alle kriegsführenden Staaten zu veranlassen, unverzüglich in Unterhandlungen zu treten und über die Mittel, den Krieg zu beenden, zu beraten. Bis dahin aber soll jeder auf seinem Kampfposten durchhalten!“

Lenin protestierte in seinen „Briefen aus der Ferne“ aus dem Zürcher Exil heftig gegen diesen Kurs. Am 21. März schrieb er: „Es ist völlig unzulässig, dem Volke und sich selbst zu verschweigen, daß diese Regierung die Fortsetzung des Krieges will, daß sie ein Agent des englischen Kapitals ist, daß sie die Wiederherstellung der Monarchie und die Festigung der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten erstrebt.“ Und am 25. März: „Sich an diese Regierung zu wenden mit dem Vorschlag, einen demokratischen Frieden zu schließen, gleiche dem Versuch, den I hnabern öffentlicher Häuser Nächstenliebe zu predigen.“

## Lenins Aprilthesen

Aber erst nach seiner Rückkehr - mit dem Legationsrat plombierten Waggons durch Deutschland - am 3. April konnte er direkt eingreifen. In seinen berühmten „Aprilthesen“ vom 4. April nahm er den Kampf gegen die versöhnlerische Linie der leitenden Petrograder Bolschewiki auf. Er forderte: Kampf gegen die Politik der Vaterlandsverteidigung; Erringung der Mehrheit in den Sowjets, revolutionäre Friedenspolitik, sozialistischer Umsturz in Rußland als Anstoß zur internationalen Revolution. Auf der gesamten russischen Parteikonferenz der Bolschewiki Anfang April, zu der Lenin nach seiner Ankunft stieß, verteidigt er seine Thesen. Tags zuvor wird dort nicht nur über die Bedingungen der Unterstützung der provisorischen Regierung, sondern sogar über eine Verschmelzung der Partei mit den Menschewiki diskutiert worden. Gegen Lenins Thesen traten nicht wenige prominente Bolschewiki der „alten Garde“ auf: Sie klammerten sich nach wie vor

# Trotzki über die Voraussetzungen der Revolution

(...) Es genügt zu sagen, daß am Vorabend des Krieges, als das zaristische Rußland den Höhepunkt seines Wohlstandes erreicht hatte, das Volkseinkommen 8 bis 10mal niedriger war als in den Vereinigten Staaten. (...) Gleichzeitig aber äußert sich das Gesetz der kombinierten Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete bei jedem Schritt, in den einfaches wie in den kompliziertesten Erscheinungen. Fast ohne Landstraßen, sah sich Rußland gezwungen, Eisenbahnen zu bauen. Ohne durch das europäische Handwerkswesen und die Manufaktur hindurchgegangen zu sein, ging Rußland direkt zu mechanisierten Betrieben über. (...) Während die bäuerliche Landwirtschaft häufig auf dem Niveau des 17. Jahrhunderts verhieb, stand Rußlands Industrie, wenn nicht dem Umfange so dem Typus nach, auf dem Niveau der fortgeschrittenen Länder und elite der in mancher Beziehung voraus. Es genügt zu sagen, daß die Riesenunternehmungen mit über je tausend Arbeiter in den Vereinigten Staaten weniger als 18% der Gesamtzahl der Industriearbeiter beschäftigten, in Rußland dagegen über 41%. (...)

Den Untergrund der Revolution bildete die Agrarfrage. Die alte ständisch-monarchistische Fron wurde doppelt un-

an die alte Formel von der „Demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“, die sie in den bestehenden Sowjets als erfüllt ansahen.

## Umorientierung der Partei

Lenin verwarf die alten Formeln nachdrücklich und warf den „alten Bolschewiki“ vor, „mechanisch simlose und erlernte Phrasen zu wiederholen, statt die Eigenartigkeit der neuen, lebendigen Wirklichkeit zu studieren.“ Für ihn war durch die realen Ereignisse bewiesen, daß die Bauernschaft nicht zu einer eigenständigen, führenden Rolle fähig war, sondern sich zu Beginn der Revolution vermittels der Sozialrevolutionäre politisch im Schlepplau der Bourgeoisie befand. Die Arbeiterklasse mußte also die führende Rolle in der Revolution übernehmen und die Dorf- und Hinterlandbewohner, die Dorfarbeit hinter sich bringen. Es galt, die proletarische Revolution vorzubereiten und um Mehrheit dafür zu kämpfen. Lenin war also zu dem gleichen Schluss gelangt wie Trotzki 1905. Und der weitere Verlauf der Revolution sollte die Richtigkeit dieser Perspektive bestätigen.

Lenin konnte sich in seinem Kampf innerhalb der Partei vor allem auf die unteren Schichten der Mitglieder und Aktivisten stützen, die dem vorherigen Kurs ablehnend gegenüberstanden. Im Laufe des Monats April stellt sich eine Parteidiskussion nach der anderen hinter Lenins Position. Die politische Umorientierung der Partei wurde erreicht, wenigstens die grundlegenden Meinungsverhältnisse in den folgenden Monaten bis zum Oktober immer wieder aufblitzten.

Während der innerparteilichen Krise bei den Bolschewiki beharrte sich die er-

erträglich unter den Bedingungen der neuen kapitalistischen Ausbeutung. Der bäuerliche Gemeindevorden bildete ungefähr 140 Millionen Desjatinen. Auf dreißigtausend Großgrundbesitzer, von denen jeder durchschnittlich über 2000 Desjatinen besaß, entfielen im Ganzen 70 Millionen Desjatinen, d.h. ebensoviel wie auf ungefähr 10 Millionen Bauernfamilien von etwa 50 Millionen Bauernbevölkerung, mit dem Unterschied, daß der beste Boden den Gutsbesitzern gehörte. Diese Statistik des Grund und Bodens bildete ein fertiges Programm des Bauernaufstandes. (...) Im Herbst 1917 wurde fast das ganze Land zum Territorium des Bauernaufstandes. Von 624 Kreisen des alten Rußland waren 482, d.h. 77% von der Bewegung ergriffen. Der Widerspruch der Dorfbünde belauchte die Arena der Aufstände in den Städten. (...)

Wäre die Agrarfrage von der Bourgeoisie mützig gelöst worden, dann hätte freilich das Proletariat Rußlands im Jahre 1917 keinesfalls an die Macht gelangen können. Zu spät gekommen, frühzeitig der Altersschwäche verfallen, wagte indes die habgierige und feige russische Bourgeoisie nicht, ihre Hand gegen das feudale Eigentum zu erheben. Dadurch aber lieferte sie dem Proletariat die Macht aus und damit zugleich



Gegen den imperialistischen Krieg, für den Sozialismus: Arbeiter und Soldaten kämpfen gegen ihren eigentlichen Feind, das Kapital.

sie größere Regierungskrise der provisorischen Regierung an. Der bürgerliche Außenminister Miljukow (Kadetten) befrwortete gar zu offensichtlich die imperialistischen Kriegsziele sowie russische Annexionen. Die Stimmung unter den Massen schlug gegen ihn und andere bürgerliche Minister um und entlud sich erneut in großen Demonstrationen in Petrograd. Die verschönernde Sowjetmehrheit war unter diesem Druck gezwungen, Miljukows Rücktritt zu verlangen.

## Koalitionsregierung

Nachdem die Massen erneut in die „Regierungsgeschäfte“ direkt eingegriffen hatten und unter dem Eindruck zunehmender Bauernrevolten vom Land wollte die Bourgeoisie nicht mehr ohne die Sozialisten regieren. Sozialrevolutionäre und Menschewiki traten Anfang Mai in die neugebildete Regierung ein. Dies war die erste in einer Reihe von Koalitionsregierungen zwischen bürgerlichen und Arbeiterparteien, die sich jedoch jedesmal als unfähiger erwiesen sollten, die brennenden Fragen zu lösen.

Die Agitation der Bolschewiki für „Friede, Land, Brot“ fand immer größeren Widerhall. Von der Mehrheit blieb sie jedoch noch weit entfernt.

Fortsetzung nächste Ausgabe  
Hans Blanck, Stuttgart  
Jungsozialist

## Lesehinweise:

Trotzki: Geschichte der russischen Revolution; Trotzki: Lehren des Oktober; Lenin: Briefe aus der Ferne (Werke Band 23); Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten.

das Verfügungsrecht über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. (...)

Die zweite revolutionäre Reserve des Proletariats bildeten die unterdrückten Nationen, übrigens auch vorwiegend bäuerlicher Zusammensetzung. Eng verbunden mit der geschichtlichen Rückständigkeit des Landes ist der extensive Charakter der Entwicklung des Staates, der wie ein Fettkübel vom Moskauer Zentrum bis zur Peripherie ausstrahlte. Im Osten unterwarf er sich die noch mehr zurückgebliebenen Völker-schaften, um auf sie gestützt die entwickelten Nationalitäten im Westen zu ersticken. Zu den 70 Millionen Großrussen, die die Hauptmasse der Bevölkerung bildeten, kamen allmählich an 90 Millionen „Andersstämmige“ hinzu.

So entstand das Imperium, in dessen Zusammensetzung die herrschende Nation nur 43% der Bevölkerung bildete, während die übrigen 57% auf Nationalitäten verschiedener Kultur und Entrechtungen entfielen. Der nationale Druck war in Rußland unvergleichlich roher als in den benachbarten Staaten, und zwar nicht nur der jenseits der westlichen, sondern auch jenseits der östlichen Grenze. Dies verlich dem nationalen Problem eine ungeheure Explosivkraft. (aus: Kopenhagener Rede, November 1932)



# Kampf der Arbeiter und Studenten in Südkorea

# Der revolutionäre Prozeß hat begonnen

Am 10. Juni kündigte der südkoreanische Diktator Chun Doo Hwan seinen Nachfolger in der Person von Roh Tae Woo (Chef der regierenden Partei) an. Gewählt werden sollte er nicht etwa durch das Volk, sondern durch ein, vom Regime ausgesuchtes Wahlmännergremium! Dieser Versuch, dem Militärregime durch die Hintertür die Macht zu erhalten, erwies sich als ein Schuß in den Ofen. Studenten als erste, dann auch Angestellte und Arbeiter, antworteten mit wochenlangen Demonstrationen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Am 26. Juni nahmen mehr als eine Million Menschen landesweit an Friedensmärschen teil. Damit wurde das Ende von 80 Jahren Fremdherrschaft und Militärdiktatur eingeläutet.

Je brutaler die 120.000 Mann starke Polizei vorging, um so mehr schwollen die Reihen der Demonstranten an. In drei Wochen wurden 17.000 Menschen verhaftet, 351.000 Tätengasbomben verschossen, 164 Fahrzeuge zerstört, aber auch 35 Büros der regierenden Partei (Demokratische Gerechtigkeits-Partei) und 262 Polizeistationen gestürmt - deutliche Zeichen der Entschlossenheit und Opferbereitschaft der Südkoreaner im Kampf gegen das Militärregime. Dies wurde auch von Militär und Bourgeoisie verstanden.

Um die Revolution zu verhindern, wurden bisher vorentscheidende Reformen verschoben: direkte Wahl des Präsidenten am 25.2.88, Rehabilitation von Oppositionspolitikern, neue Verfassung, Pressefreiheit, Freiheit von politischen Gefangenen, Kampf gegen die Korruption und eine Bildungsreform. Die Südkoreaner sehen diesen Versprechen skeptisch entgegen und bleiben wachsam. Sie haben allen Grund dazu.

## Unterdrückung und Widerstand

Sie sind oft um ihre demokratischen Rechte betrogen worden. Immer wieder haben sie sich gegen ihre Unterdrücker erhoben, in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts gegen die brutale japanische Kolonialherrschaft, Aufstände (1907-11), Generalstreiks und landesweite Demonstrationen (1919). Studentenrevolten (1929) wurden immer wieder durch blutige Repressionen unterdrückt. Zehntausende wurden getötet, Hunderttausende verhaftet oder verbannt. In den 20ern entwickelten sich Arbeiterorganisationen, unter anderem auch die KP. Während des 2. Weltkrieges verbot die KP - nach chinesischer Vorbild Maos - an der Spitze einer erfolgreichen Guerillabewegung gegen die Japaner. Am Ende des Weltkrieges beherrschte sie praktisch das Land, die japanische Herrschaft war zusammengebrochen. Nur durch massives militärisches Eingreifen der USA, das unter ihrer Besatzungs-

nacht zu mehrjährigen bürgerkriegsähnlichen Unruhen führte, konnte der Einfluß der Kommunisten zurückgedrängt werden. 1948 war das Land faktisch entlang des 38. Breitengrades geteilt. Im Norden etablierte sich ein bürokratischer Arbeiterstaat nach russischem bzw. chinesischem Vorbild. Im Süden setzten die USA ein Marionetten-Regime unter Syngman Rhee ein, das sich jedoch fortwährenden Unruhen, Streiks und Bauernaufständen gegenüberstand.

## Koreakrieg und Teilung

Ziel der USA war weiterhin die Wiedererrichtung der kapitalistischen Herrschaft im Norden. Dies führte 1950 bis 1953 zum Korea-Krieg. Der erfolgreiche Krieg, die Zementierung der Teilung und der wirtschaftliche Ruin machten den Aufbau eines Bolwerks gegen die „Kommunistische Gefahr“ nötig.

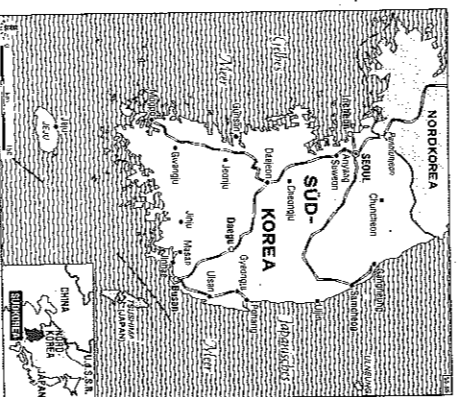
In den 50er Jahren führte das Regime in Anbetracht der Unruhen auf dem Land eine umfangreiche Landreform durch. Massive US-Wirtschaftshilfe - bis zu 2,2 Mrd. Dollar im Jahr - floß nach Südkorea. Das meiste versickerte jedoch in dunklen Kanälen. Das Regime war unfähig und korrupt bis auf die Knochen. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen erreichte 1960 gerade 50 US-Dollar und die Arbeitslosigkeit lag bei 4 Millionen. Von Sozialisten und Kommunisten angeführte Demonstrationen und Proteste erfassten alle Städte des Landes und konnten nur durch den Militärputsch von Park Chong im Mai 1961 gestoppt werden.

## Industrialisierung

Die Herrschaft Parks fiel zusammen mit einer fast beispiellosen Industrialisierung vor dem Hintergrund des weltweiten Nachkriegsaufschwungs. Der Export von Industrieprodukten wuchs von 104 Mio. Dollar 1965 auf 22,4 Mrd. Dollar 1983 (mehr als das 23fache in 17 Jahren!). Auch seit 83 wuchs die Industrieproduktion um 20% jährlich, letztes Jahr sogar um 23%. Die schnelle Industrialisie-

rung zog von 57 bis 82 mehr als 12 Millionen Menschen vom Land in die Städte. Sie ließ die Arbeiterklasse auch zahlenmäßig zur stärksten Kraft werden. Der Kapitalismus hat sich im Eiltempo seine Totengräber geschaffen. In manchen Bereichen gehörte Südkorea heute zu den führenden Industrienationen. So belegt es zum Beispiel den zweiten Platz im Schiffbau von 15%. Südkorea hält 8% des Weltmarktes für Halbleiter. In den letzten 20 Jahren wurde das durchschnittliche Bruttosozialprodukt pro Kopf um das 30fache auf über 2000 Dollar gesteigert. Das ist höher als in Portugal! Heute können 98% lesen und schreiben, weit mehr als in den USA.

Das koreanische Wirtschaftswunder hat aber auch seine Schattenseite. Niedriglöhne, hohe Auslandsschulden von über 50 Mrd. Dollar und starke Abhängigkeit vom US-Markt sind der hohe Preis für den Boom. Die meisten Koreaner arbeiten noch in primitiven Betrieben, 12 bis 14 Stunden an 6 Tagen in der Woche, für 70 bis 80 Dollar im Monat. Auch in den modernen Betrieben - kontrolliert von knapp 30 Konzernen - wie Stahl und Bergbau,



sind die Löhne mit 250 bis 650 Dollar ein Vielfaches niedriger als in den westeuropäischen Industrien. 58 von 100 Arbeitern leiden an arbeitsbedingten Krankheiten. Alle 1,15 Minuten wird ein Mensch durch einen Arbeitsunfall schwer verletzt oder getötet.

## Unruhen seit 1980

Die Terrorherrschaft Parks wurde erst 1979 beendet: Er wurde von seinem Geheimdienst ermordet, weil er verdächtigt wurde, Studenteprotesten nachgeben zu wollen! Chun, der jetzige Präsident, war der Chef des Geheimdienstes. Das Kriegrecht wurde verhängt, um ausgebrochene Unruhen zu ersticken. In manchen Städten herrschen im Mai 1980 bürgerkriegsähnliche Situationen. In Kwangju, Heimatstadt des Oppositionspolitikers Kim Dae Jung lieferten sich mehr als 200.000 Bürger Straßenschlachten mit rund 10.000 Fallschirmjägern. Der Aufstand wurde mit Hilfe amerikanischer Generäle blutig niedergeschlagen. An der Spitze der Regierungstruppen stand Roh Tae Woo, der jetzige Präsidentschaftskandidat des Regimes.

## Politische Instabilität

Das jetzige Regime ist verhaßt. Verstandlich ist auch der Unmut über die US-Besatzung mit über 40.000 Soldaten. Die USA haben darüber hinaus noch die Befehlshoheit über die 700.000 Mann starken Truppen Südkoreas. Bei allen Demonstrationen waren Schlachtrufe wie „Ami go home!“ unüberhörbar. Die bürgerliche Opposition, jetzt zusammengeschlössen zur RDP (Demokratische Widerstandsvereinigungspartei), wird wahrscheinlich die Wahlen gewinnen. Ihre führenden Köpfe, Kim Dae Jung und Kim Young Sam genießen den Ruf, gegen das Militär Widerstand geleistet zu haben. Doch wie will die bürgerliche Opposition ihr Reformprogramm umsetzen, wenn sie gleichzeitig darauf



Studenten galten lange als „Speerspitze“ im Kampf gegen die Militärdiktatur.

beharrt, das kapitalistische System und seine Staatsmaschinen beizubehalten?

Die Militärs befürchten jetzt nichts mehr als den Sieg der Opposition. Sie haben Angst davor, daß die Opposition, einmal an der Macht, nicht im Stande sein wird, die Rachegefühle der Koreaner im Zaum zu halten. Andererseits wäre ein Militärputsch, um die Opposition zu stoppen, das größte Risiko für das Regime: Dies würde nur den revolutionären Prozeß beschleunigen und ausweiten. Eine Wahlfähigkeit hätte den gleichen Effekt.

Ein Sieg der bürgerlichen Opposition würde von hohen Erwartungen begleitet sein. Gleichzeitig wird der ökonomische Spielraum, um die verschiedenen Reformen durchzuführen, noch enger sein als heute. Die nächste Rezession könnte den koreanischen Export-Boom beenden. Davon ist aber die Wirtschaft in hohem Maße abhängig: Mehr als 35% der Exporte gehen in die USA (bei einem Wachstum von 50% in diesem Jahr), 15% gehen nach Japan. Der US-Kongreß hat bereits 24 koreanische Produkte mit Importbeschränkungen belegt. Ein Inlandsmarkt ist wegen der niedrigen Löhne kaum vorhanden.

Unter solchen Bedingungen wird eine Regierung der jetzigen zusammengewürhten Opposition unter dem Druck der Arbeiterklasse gerufen. Gleichzeitig wird die Bourgeoisie noch härter um ihre Profite kämpfen müssen und von der Regierung eine noch härtere Gangart verlangen. Dann wird die Zerstörtheit einer Regierung offen zutage treten, die kaum stabil sein wird als die von Aquino auf den Philippinen. Ein stabiles demokratisches Regime ist unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich.

## Arbeiterkämpfe und Perspektiven

Seitdem das Regime ins Wanken geraten ist, hat die Arbeiterklasse die Bühne betreten und gibt jetzt in der Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie und der Militärdiktatur den Ton an. Ununterbrochen bestimmen seit Juli Streiks, Betriebsbesetzungen und Blockaden das Bild Südkoreas. Innerhalb weniger Wochen wurden mehr als 200 Betriebe bestreikt, weitere 8 Städten wie Kwangju und Chonju in der öffentliche Verkehr durch unbestrittenen Streik der Busfahrer zusammengebrochen.

Aus den jetzigen Kämpfen wird eine gestärkte und koordinierte Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen. Marxistische Ideen könnten breite Zustimmung finden.

Es gibt aber zur Zeit keine Arbeiterpartei, die die Arbeiter an die Macht führen könnte. Die KP wird mit Rücksicht auf die vielen als ein Ableger der Bockschekenden nordkoreanischen Blockade betrachtet und kaum das Vertrauen der Mehrheit gewinnen können. Eine mächtige Arbeiterpartei könnte aus dem linken Flügel der RDP oder auch unabhängig aus einer zukünftigen starken Gewerkschaftsdachverband entstehen.

Mit einem sozialistischen Programm und einer kämpferischen Führung könnte sie schnell die Arbeiterrklasse für den Sturz des Kapitalismus gewinnen. Wenn dies nicht gelingen würde erneut eine blutige Militärdiktatur drohen. Eine siegreiche soziale Revolution in Korea würde gegen das Ende des Kapitalismus pazifischen Raum bedeuten.

Gaëtan Kayitare, Aachen  
Jungsozialist

## Internationale Notizen

### Panama

Ein weiterer mittelamerikanischer Staat wird von großen Demonstrationen erschüttert: Panama. Die „Revolutionäre Demokratische Partei“ (eine Partei der Militärs mit General Noriega an der Spitze) verlor die Unterstützung der Gewerkschaften. Und noch eine Unterstützung ging verloren: die der amerikanischen Regierung. Diese läßt den General jetzt fallen, um ihre eigene Position nicht zu gefährden. Aber die Marionette Noriega will nicht so wie seine Herren in den USA. Er ist nicht bereit, auf seinen lukrativen Posten zu verzichten. So sind die USA auf die Hilfe des Volkes von Panama angewiesen, um ihn loszuwerden und unterstützen Anti-Noriega-Demonstrationen. Ihr Dilemma: Es ist sehr gut möglich, daß das Volk, einmal in Aktion, mit dem General auch gleichzeitig die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus abschütteln wird. Aber eine Unterstützung ist der „revolutionären“ Militärpartei geblieben: Sie wurde vor einigen Monaten in die sozialistische Internationale aufgenommen.

### Südafrika

Über 300.000 Bergarbeiter traten in einen unbefristeten nationalen Streik. Es handelt sich um den größten Streik in der Geschichte des Landes. Die Arbeiter fordern unter anderem Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, 30% Die Arbeiter fordern unter anderem eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, 30% mehr Lohn und mehr Urlaub. Außerdem soll der 16. Juni, der Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Aufstands von Soweto 1976, bezahlter Feiertag werden. Die politische Dimension des Streiks wird auch deutlich an der großen Unterstützung in der Bevölkerung. Die UDF (United Democratic Front), ein breites Bündnis von Apartheidgegnern, sicherte den Streikenden zu, sie für die Dauer des Kampfes mit Nahrunksmitteln zu versorgen. Aber auch auf anderer Länder hatte der Streik schon Auswirkungen: So legen auch in Namibia Bergarbeiter die Arbeit nieder.



Jetzt hat die Arbeiterklasse die führende Position eingenommen. Nur sie kann Diktatur und Kapitalismus weglegen.



# Enteignet die Stahlbosse!

## Für gemeinsamen Kampf der Stahl- und Bergarbeiter

### Fortsetzung von Seite 1

Die gleichen Mechanismen kapitalistischen Krisenmanagements, wie für den Kohlesektor angewandt wurden, finden sich auch im Stahlbereich wieder: das, was 1975 erst einmal wie ein kurzfristiger Konjunkturreinbruch und nicht mehr angesehen hatte, der Produktionsrückgang um ein Viertel (74: 53,2 Mio t; 75: 40,4 Mio t) entpuppte sich bald als Dauerkrise, da trotz des Konjunkturanstieges ab 1976 die Stahlindustrie nicht mehr an die Produktionsergebnisse vor der Krise herankam. Die Modernisierung, der gleichzeitige verschärfte internationale Konkurrenzkampf zu einem scharfen Preisverfall (Jahresdurchschnitt von 1974-81: -2,2%).

Was das bedeutet, wird deutlich, wenn man dazu die Eigenheiten des Stahlkapitals betrachtet. Zur schweren Industrialisierung sind enorme Kapitalmengen nötig. Um möglichst hohe Profite zu erreichen, muß das Stahlkapital die Stückkosten und somit die „Nutzungsschwelle des eingesetzten Kapitals“ senken. Das soll erreicht werden durch Vergrößerung

und Konzentration der Anlagen (senkt den relativen Kapitalaufwand). Dieses Prinzip funktioniert aber nur bei voller Auslastung der Anlagen! Wenn jetzt noch ein Auslastungsgrad von üblicherweise 80-85% als Vollauslastung definiert wird, erkennt man die Tendenz zur Überakkumulation. Oder, anders ausgedrückt: Das Profinteresse des Stahlkapitals drückt sich im Auf- und Ausbau von Überkapazitäten aus (75: 62,9 Mio. t; 80: 69,2 Mio. t) Da ein Großteil der Produktionskosten, z.B. Löhne, Anlagenbau und Wartung etc., unabhängig von den Stückzahlen ist, erhöhen sich die Stückkosten, wenn die Stückzahlen sinken. Das heißt für die Konjunkturzyklen: Bei guter Nachfrage und hohen Stückzahlen enorme Profite durch niedrige Stückkosten, in der Phase der Rezession, wenn die Stückkosten steigen und die Profite erhalten werden sollen: ABBAU!

### Gewinne

Es läuft die dritte „Zentralisierungs- welle“ des Stahlkapitals. Obwohl das Gewicht der Montanindustrie innerhalb der Gesamtwirtschaft sinkt, sind durch die extreme Verflochtenheit der unterschiedlichsten Industriezweige,

von jedem Stahlarbeitsplatz 1,8 Arbeitsplätze in anderen Bereichen abhängig (Saarland: 1,25). Das bedeutet für das Ruhrgebiet: Über 50.000 Menschen werden auf die Straße gesetzt! Die NRW-Landesregierung befürchtet sogar insgesamt einen Arbeits-

# BESCHYSSEN

platzverlust von 100.000 im Gefolge der Krise im gesamten Montanbereich. Die Arbeitslosigkeit wird auf neue Rekordhöhen steigen, die Verschuldung der Kommunen, der Sozialabbau wird noch schärfer werden. Die Einwohnerzahlen sinken und die Umwelt wird weiter zerstört. Doch „die Ruhr hat angefangen zu brennen“.

Wo wie in Hattingen ganze Standorte plattgemacht werden, gehen so gut wie alle Einwohner auf die Straße. Wenn, wie in der Funktionszerstörung der IG Metall („Gewerkschafter“, 5/87) für die Thyssen AG ein Brutto-

winn von 760 Millionen DM neben 7100 geplanten Entlassungen steht, dann darf unter dem Foto mit der Aufschrift „Randale gegen Arbeitslosigkeit“ die These „Wenn die privaten Stahlkonzerne nicht über die Lebensfähigkeit ganzer Regionen entscheiden dürfen sollen, kommt man an ihrer Vergesellschaftung nicht vorbei“ keine These bleiben. Wenn Thyssen, Krupp, Hoesch, Mannesmann etc. Arbeitsplätze vernichten und Wohlstand privatisieren, dann müssen SPD und Gewerkschaften endlich ihre Kirchturnsperspektive ablegen und unter einer zentralen Führung die Kämpfe zusammenfassen!

### Kampfmittel

Start sich mit an die Spitze eines solchen Kampfes zu stellen, scheint die SPD-Landesregierung jedoch auf Kooperation zu setzen. In seinem Papier zu den „Aufgaben der Landespolitik“ beschwört Rau's Kanzlei-Chef Leister die Solidarität des Bundes. Erwartet Herr Leister ernsthaft etwas Positives vom Kapital und seiner Wenderregierung? Auch die gewerkschaftlichen Aktivitäten sind noch nicht über Verhandlungen und Proteste (durch Mahnwachen, Demos usw.) hinausgegangen. Der bundesweite zweistündige Streik in der gesamten Stahlbranche im Juli ist ein erster weitergehender Schritt, doch auch er reichte offensichtlich nicht aus. Gemeinsamer, konzentrierter Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel

# Betriebsbesetzung bei Firma SPÄNEX in Uslar

„Vor kurzem hätte ich nicht gedacht, daß so was bei uns möglich wäre.“

„Ich hätte nicht gedacht, daß so was möglich wäre.“

Am 7. August besetzte die Belegschaft der Firma SPÄNEX in Uslar, Südniedersachsen, ihren Betrieb, nachdem am selben Tag der Konkurs eröffnet war. VORAN-Mitarbeiter sprachen einige Tage später mit Mitgliedern des Betriebsrates.

Sie berichteten, daß der Geschäftsführer noch zwei Wochen vorher auf einer Betriebsversammlung gesagt hatte, Liquiditätsprobleme lägen zwar vor, aber keine Überschuldung. Innerhalb kürzester Zeit wurde er jedoch lügen gestraft. Als die Betriebsleitung den Antrag auf Konkurs bekanntgab, rüchelten die Kollegen spontan einen „Rand-um-die-Uhr“-Wachdienst ein, der bis zum Tag der Konkursöffnung aufrecht erhalten wurde. Auf einer Belegschaftsversammlung wurde dann einstimmig (!) die Besetzung beschlossen.

„Vor zwei Monaten hätte ich nie gedacht, daß so etwas in unserem Betrieb möglich wäre“, sagte uns der Betriebsratsvorsitzende Preisng. Denn die rund 170 Beschäftigten der Firma hatten bisher nur geringe Erfahrungen im Arbeitskampf. Von den Arbeitern sind 70%, von den Angestellten nur 10% gewerkschaftlich organisiert.

Die Aktion findet breite Unterstützung in der Bevölkerung. Sogar der örtliche Supermarkt spendet Lebensmittel, die Stadt Uslar Wasser und Strom, eine Brauereilieferer Bier. Denn eins ist klar: Unter dem SPÄNEX-Konkurs würde auch der Einzelhandel leiden, da im Raum Uslar die Arbeitslosigkeit schon jetzt 17% beträgt. Laut

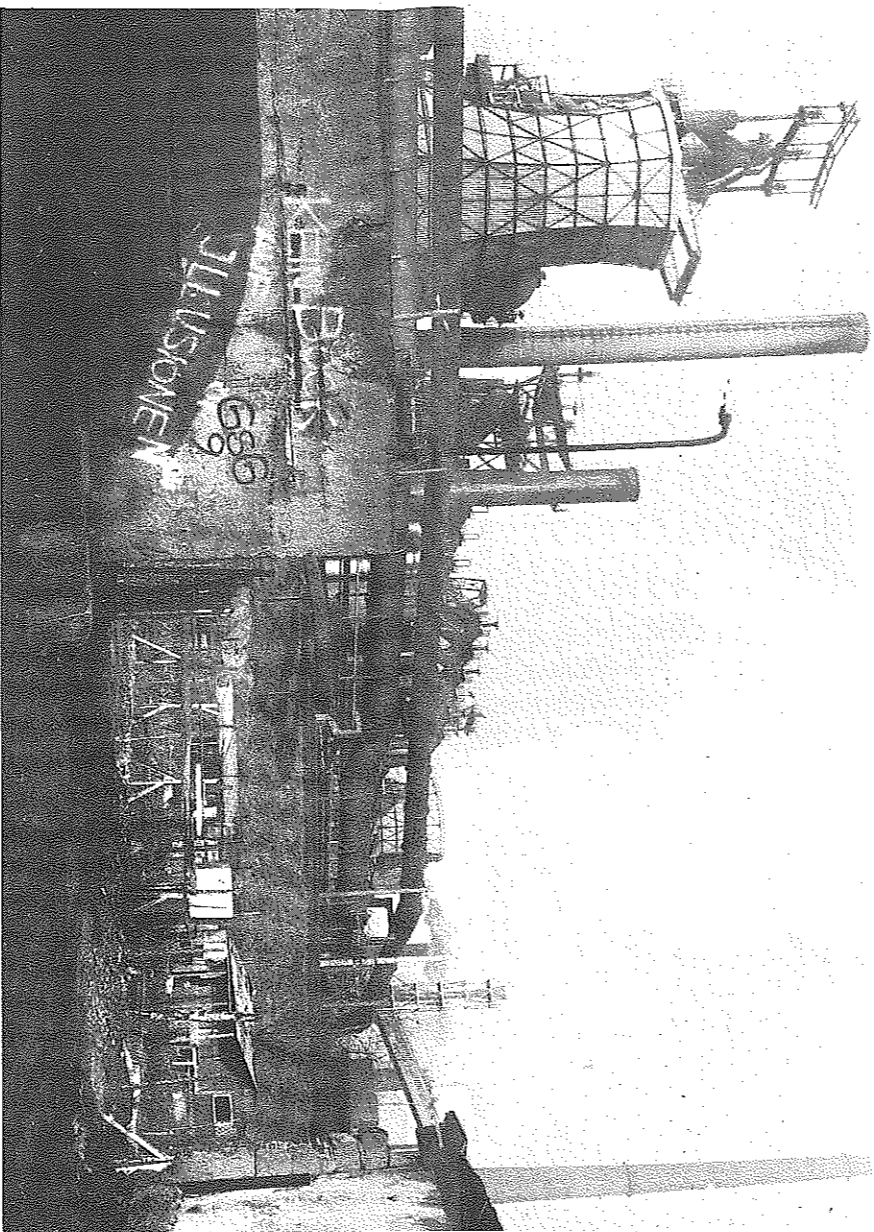
von IG Metall und IG Bergbau ist nötig, um die Vernichtungspläne abzuwehren.

Nicht nur in Hattingen sieht man, daß mit konkreten Forderungen die Mobilisierung der Arbeiter möglich ist. Die Enteignung des Grund- und Bodenbesitzes des Montankapitals zur Durchführung von Umwelt- und Infrastrukturprogrammen; den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs durch eine Kernzone mit Nulltarif, Arbeit für alle ohne Lohnverlust, ein garantiertes Mindesteinkommen, das einen anständigen Lebensstandard ermöglicht, Kontrolle und Planung der industriellen Produktion durch Vertreter von Staat, Gewerkschaften und Belegschaften. Solche Forderungen entsprechen den Bedürfnissen der Arbeiter und würden der SPD eine absolute Mehrheit und damit die Möglichkeit geben, die Kämpfe eines der größten Zentren der Arbeiterklasse mit in die internationale Auseinandersetzung zu bringen, denn – die Krise des Kapitalismus ist nicht nur die Krise des Ruhrgebiets, aber wie schon der damalige Chef der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Barzel, im Frühsommer 1966 sagte: „Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein bei Bonn nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen.“

Harald Müller, Essen

Mitglied der SID – die Falken

Quellen: Stahlproduktion: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4/8.1: „Pekensentwicklung: ECKS, Allgemeine Ziele Stahl 85, Entwurf.“



# Buchbesprechung

## Rosa Luxemburg

## Massenstreik, Partei und Gewerkschaft

Streiks und Massenbewegungen in Südafrika, Südkorea, Mexiko, den Philippinen, Sri Lanka, etc. . . Wo man nur hinschaut, suchen die Massen einen Ausweg aus der Krise. Immer häufiger muß man sich aber auch die Frage stellen, woran sie scheitern.

Meistens wird es an der „eigenen“ Führung liegen, weil diese versucht, die Kämpfe im Rahmen der alten Gewerkschaftsordnung zu halten.

Wie entstehen nun eigentlich Generalstreiks? Hier hilft uns Rosa Luxemburgs „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“ weiter. Sie schildert ihre Erfahrungen mit den russischen Streiks von 1896 bis 1906. Und dort findet man erstaunlich viele Parallelen zu heute:

1. Selbst Generalstreiks wurden von nicht oder schlecht organisierten Arbeitern begonnen und konnten

trotz blutiger Unterdrückungsmaßnahmen für viele Wochen bestehen (z.B. Südkorea).

2. Ein Generalstreik beginnt nicht einfach, weil er von einem Vorstand beschlossen wurde. Nur die Arbeiter können ihn aufgrund der Erkenntnis des zugespitzten Konflikts von Kapital und Arbeit beginnen. Hierzu genügt ein oft geringer äußerer Anlaß, bei gewaltigen Folgen.

3. Der Massen-(General-)streik ist „die Bewegungsform der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution“ (z.B. Südafrika).

Ein erfolgreicher Generalstreik stärkt Kampfmoral, Kampfberbereitschaft und auch das politische Bewußtsein der Arbeiter. Deshalb weisen sich auch die meisten Gewerkschaftsführer schon den Gedanken daran weit von sich. Sie wollen lieber nur

reformieren, obwohl bereits alte Formen wieder abgebaut werden.

Rosa Luxemburg erkannte schon damals, „...schließlich wird aus dem Verschweigen der dem gewerkschaftlichen Kämpfe gezogenen objektiven Schranken der bürgerlichen Gesellschaftsordnung eine direkte Feindseligkeit gegen jede theoretische Kritik, die auf diese Schranken im Zusammenhang mit den Endzielen der Arbeiterbewegung hinweist“.

Rosas schonungslose Klarheit und Schärfe hält ihre Schrift bis heute aktuell und lesenswert. Wer also ihre gesammelten Werke noch nicht im Bücherregal stehen hat, sollte es vielleicht erst mal mit einem Fischer Taschenbuch ihrer wichtigsten Schriften versuchen.

Ulrich Beier, Frankfurt

Juso und Gewerkschaftsmitglied



Arbeiter der Firma Spänex in Uslar kämpfen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze: Sie haben den Betrieb besetzt.



# VORZÄHN

## Für einen sozialistischen Senat

# SPD-Wahnsieg

# NUUR HERI!

Der Wahlkampf in Bremen läuft. Die Einwohner sind aufgerufen, am 13. September einen neuen Senat zu wählen. Bemerkt wird die Diskussion im Moment vor allem von dem offensivsten Auftreten der Rechtsaußenparteien „DVU-Liste D“, der „Republikaner“ und der FAP. Durch ein offensives Eintreten für sozialistische Forderungen könnte die SPD erreichen, die absolute Mehrheit zu halten und sogar auszubauen, der CDU kräftige Verluste beibringen und die Rechtsradikalen ins Nichts zu stoßen.

Ein SPD-Wahlsieg muß her, je mehr Bastionen die bundesdeutsche Arbeiterklasse gegen die Bonner Wendepolitiker hat, desto besser sind die Voraussetzungen, gegen die Bonner Kürzungspolitik mobil zu machen. Schon jetzt hat Bremen eine Arbeitslosigkeit von 15%, Würden die Rechten die Wahlen gewinnen, wären rigorosere Sozialabbau und Kürzungen im öffentlichen Dienst angesagt. Die CDU in Bonn würde sich ermutigt sehen, weitere scharfe Angriffe gegen die Arbeiter zu führen. Deshalb: Am 13. September SPD wählen!

Doch SPD wählen allein reicht nicht. Immerhin ist die SPD schon lange an der Macht in Bremen und trotzdem verschlechtert sich die Situation. Leider will die SPD-Führung selbst Kürzungspolitik durchziehen. Geplant sind Konterreformen wie: Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst, Abschaffung des Klassenlosen Krankenhauses, Wegfall von Kindergartenplätzen und vieles mehr. Die

SPD-Führer bräuchten vor den Wahlen am 13.9. nicht nervös zu sein, wenn sie eine solche Politik nicht machen würden.

Diese Kürzungsvorhaben des SPD-Senats widersprechen offen den Wahlprüfsteinen des Bremer DGB und der SPD-Basis. Die Senatsmitglieder wollen ihre Politik nicht ändern. Sie üben im Gegenteil Druck auf DGB- und eigene Mitglieder aus, Kritik an der Senatspolitik während des Wahlkampfes zu unterlassen, sogar unter Androhung von Ausschlussverfahren. Die Bürgerlichen erkennen das genau: Handskammerpräsident Bettinghausen – der FDP nahestehend – macht für die SPD Vorwürfe wegen Beschlüssen der SPD-Verantwortlichen wegen Beschlüssen der Verstaatlichung der Schlüssellindustrien. „Die SPD-Basis strebt also genau das Gegenteil dessen an, was der Bremer Senat unter Wedemaiers propagierte, nämlich eine wirtschaftsfreundliche Politik.“ (Frankfurter Allgemeine, 13.8.87)  
Wenn durch falsche Politik von

SPD-Regierungen zwar nicht die Mehrheit der Arbeiter, aber doch viele kleine Selbständige und Arbeitslose zweifeln, sehen Rechtsradikale Möglichkeiten, zumindestens kleine Stimmennenzuwächse zu holen. Die Rechtsradikalen haben einen Großteil ihres Geldes in den Bremer Wahlkampf gesteckt und fallen dementsprechend auf. Vor allem die „DVU-Liste D“, hinter der die NPD steckt, fällt durch ihre vielen Plakatierungen auf. Die SPD sollte für demonstrative Kundgebungen gegen die Rechtsradikalen auf die Straße mobilisieren, es darf nicht bei moralischen Appellen bleiben.

Aber es sollte nicht nur gegen etwas, sondern auch für etwas mobilisiert werden. Nicht für Sozialkürzungen, sondern für einen Ausbau der öffentlichen Dienst, für den umfassenden Kampf gegen die kommunertrichtliche Politik der Bonner Rechtsregierung.

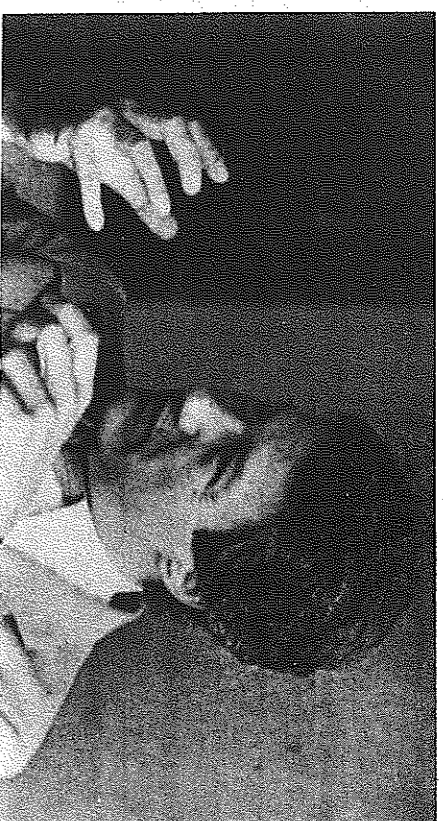
– Schluß mit der Sparpolitik – auch in Bremen!  
– Treter in die SPD ein – Kampf für eine sozialistische Politik.  
– Mobilisiert gegen die Neonazis!  
– Bremen muß rot bleiben, wählt SPD!

Ulf Petersen, Bremerhaven  
Jungsozialist

### Wofür wir eintreten:

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle.
- Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

## Wahlen in Schleswig-Holstein



Spitzenkandidat Engholm gilt als SPD-Liniker. Er gibt sich aber sehr gemäßigt: Eine Koalition mit den Grünen schiebt er aus, allerdings eine Zusammenarbeit mit der FDP oder gar der CDU nicht. Für einen SPD-Wahlsieg muß er aber gegen die CDU- und FDP-Politik in die Offensive gehen.

# Der Norden muß rot werden!

Stichtag 13. September: Mit dem Slogan „Zeit zum Aufklären“ will die SPD Schleswig-Holstein nach 37 Jahren schwarzer Herrschaft die Mehrheit im Landtag gewinnen. Klart es auf?

Engholm als Spitzenkandidat hat bei der SPD-Basis breite Unterstützung, denn er gilt als ehrlicher Linker. Um aber die Jugend und die oft von der rechten SPD-Politik enttäuschte Arbeiterklasse zu aktivieren, muß das politische Programm stimmen. Denn es gilt, viele Resignierte mit der Haltung „Die können ja auch nichts ändern“ umzustimmen. Aber mit einem sozialistischen Programm und breiter Mobilisierung kann man dagegen an-

gehen. Der Druck des Kapitals ist groß, die Rechtsparteien haben viel Geld, um ihren Propagandaeinsatz gegen „Rot-Grün“ zu finanzieren. Es kann nicht danach gefragt werden, was „machbar“ ist, die Kapitalisten haben eine große Lobby, die schnell „Fechleure“ besorgen kann, die alles verteideln, was gegen den Unternehmerwillen ist. Es muß danach gefragt werden, was nötig ist, und da muß unsere Partei sich dort erkundigen, wo sie auch ein objektives Bild von der Lage be-

kommt – bei der Bevölkerung. Die gute kämpferische Stimmung an der Basis muß von der Parteiführung aufgegriffen und mit klaren und konsequenten Programmaussagen nach außen getragen werden.

Die SPD muß schonungslos aufklären, über die immer mehr um sich greifende Wirtschaftskrise, deren Wirkungen durch die Sparpolitik der Rechtsparteien noch verschlimmert werden, über die Umverteilungspolitik der CDU, über ihren Klassencharakter, der die CDU und erst recht die FDP als die große und die kleine Partei des Kapitals zu den politischen Ausführetern der wirtschaftlich Mächtigen macht. Die Alternative kann nur in einer SPD-Alleinregierung liegen, die eine sozialistisches Programm umsetzt und Schleswig-Holstein zu einer Bastion im Kampf gegen die Kohleregierung macht. Dazu muß sie insbesondere die Arbeiter und die Jugendlichen als die kämpferischsten Elemente der Gesellschaft mobilisieren. Sie sind auch am meisten von der Rückwärts-politik der Regierung betroffen, wissen sich aber zu wehren, wie die jüngsten Schülerproteste gezeigt haben.

Pucki Wolf, Lübeck  
Jungsozialist

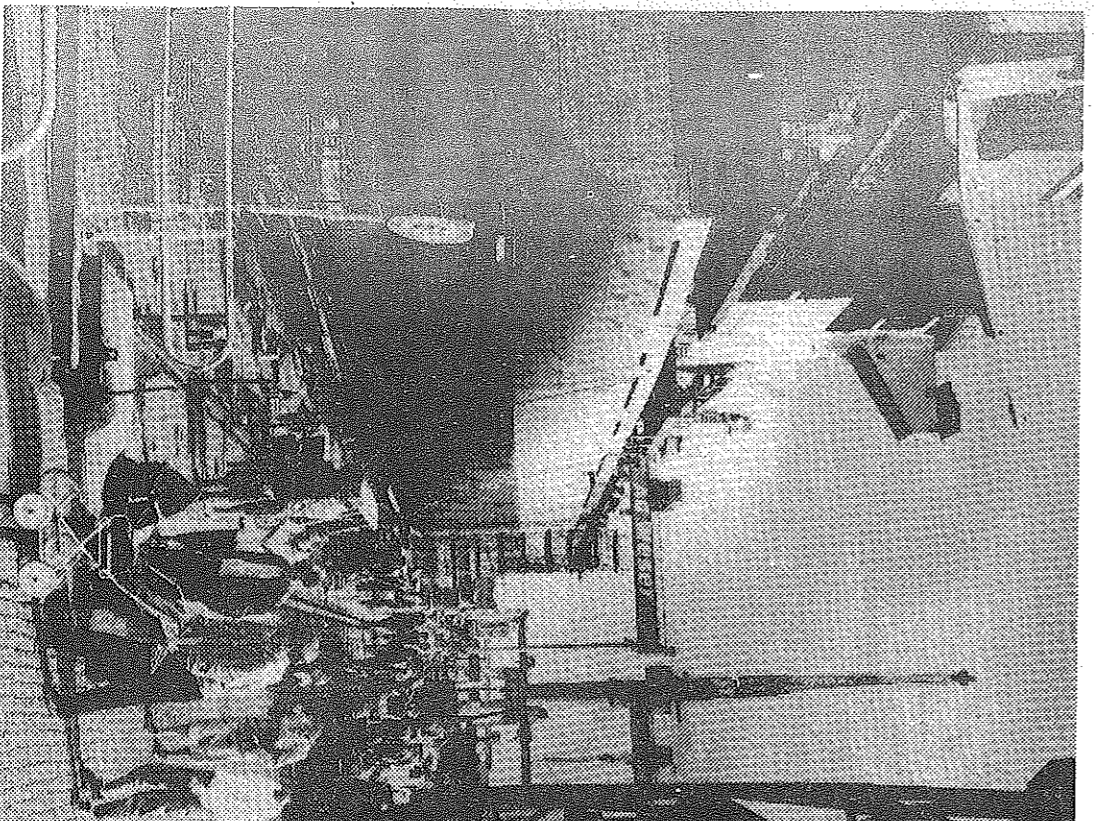
## Bundesbahn Schmerzgrenze erreicht

Bei der Deutschen Bundesbahn ist der Punkt erreicht, wo die Politik der Wendeparteien auf Widerstand stößt. In vielen Bereichen der DB fehlen Arbeitskräfte. Dies belegt auch die Tatsache, daß noch 889.000 Tage Resturlaub ausstehen. Der Vorstand der DB gewährt aber keine Neueinstellungen, da er sich konsequent an die Richtlinien der 90er Jahre hält. Diese Richtlinien der 90er Jahre hält. Diese Richtlinien sehen eine drastische Verringerung der Beschäftigtenzahlen bei Steigerung der Arbeitseffektivität sowie eine Umsatzsteigerung vor. Diese Beschäftigungspolitik wird auf dem Rücken der Arbeiter ausgegetragen und führt zwangsläufig zur Übernahme rentabler Dienstleistungsbereiche durch private Unternehmer. Zudem drängt die Bundesregierung auf weitere Privatisierung der DB. Für den 10. September ruft die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zu einer Demonstration gegen diese Politik auf, die wahrscheinlich die



größte seit langem wird.

Die GdED fordert außerdem die Übernahme aller Auszubildenden in ihrem ersten Beruf. Diese Forderungen sind aber nicht weitreichend genug. Zusätzlich ist erforderlich: a) für die 35-Std.-Woche b) zur Gewährleistung des Urlaubs aller Beschäftigten  
– Ausbau des Bundesbahnnetzes und Verbilligung der Fahrpreise zur Entlastung der Straßen und Umwelt.  
Bernad Bosmann, Kassel  
GdED Bezirksjugendvertreter



Die kapitalistische Krise bedeutet den Konkurs für die Werften und Massenentlassungen für die Arbeiter. Nur mit einem sozialistischen Programm kann die Bremer SPD weitere Entlassungen verhindern und neue Arbeitsplätze schaffen.



# VORZÄHN

untersützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

### Ich möchte

- VORAN abonnieren
- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen
- und bestelle .....Exemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM ..... beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Posta Essen, Bl.2 360 100 43  
Konto Nr. 2500 59-430  
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1.

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1